Donnerstag, 3. August 1922. **Einzelnummer 30 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 172.**

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: **4246**, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 80.—M. Reklameteil 240.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M. im Reklameteil 18.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: **Tageblatt Posen.**

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Europäische Rundschau.

(Nachdruck verboten.)

II. Das französische Rätsel.

In der „Daily Mail“, einem sonst deutsch-feindlichen Blatte, veröffentlichte nach der Washingtoner Abrüstungskonferenz (November 21—Januar 22) der englische Schriftsteller Wells eine vernichtende Kritik der Rede Briands über die Abrüstungsfrage. Gegen seinen Nachfolger Poincaré ist Briand noch als gemäßigter Mann zu bezeichnen. Trotzdem aber ist er ein Franzose, und als solcher steht er unter der starken Suggestion der öffentlichen Meinung Frankreichs. Er tadelt Briands märchenhaften Bericht über angebliche deutsche Vorbereitungen zur Erneuerung der Feindseligkeiten. Briand sei sogar nicht davor zurückgeschreckt, das ohnmächtige Rußland noch als eine Gefahr für Europa hinzustellen. Er wage es, die französische Armee mit ihren Senegal-Negern als den Wächter des europäischen Friedens hinzustellen. Es sei, so sagt Wells, ein entsetzlicher Verlust für die Washingtoner Konferenz und ein Unglück für die ganze Welt, daß die großen Qualitäten des französischen Volkes jetzt ganz und gar der ausschließlich rhetorischen und aufgeregten Art des französischen Charakters untergeordnet würden. Wahrscheinlich in Frankreich sei die neue Parole der „Sicherheit“ entdeckt worden, welche jedem Staate garantiert werden müsse und zwar durch allerstärkste Bewaffnung.

In der deutschfeindlichen Propaganda des Auslandes, die in letzter Zeit wieder lebhafter geworden ist, wird hauptsächlich der Rapallovertrag zwischen Rußland und Deutschland zum Gegenstand unaufhörlicher Phantastereien gemacht. Man dichtet ihm einen deutsch-russischen Militär- und Marinevertrag hinzu, ja man faselt von einer Einbeziehung der Angora-Republik in dieses erfundene Abkommen und der „Daily Telegraph“, ein Nordcliffeblatt, das überhaupt groß ist in Schwindelnachrichten, spricht von einer Tripelallianz Berlin-Moskau-Angora. Der bekannte französische General Sarrail, der frühere Oberstkommandierende der mazedonischen Front, hat soviel Vernunft und Anstand, gelegentlich solcher Phantasien öffentlich zu erklären, daß das ganze Gerücht nicht nur völlig haltlos sei, sondern daß die öffentliche Meinung auch über die wahren Verhältnisse in Deutschland seit Jahr und Tag in skrupellosester Weise getäuscht werde. Es gibt also noch Franzosen und sogar französische Generale, welche einen klaren Kopf behalten haben und die Lügen der öffentlichen Meinung durchschauen, aber es sind wenige. Zu diesen wenigen gehört der Abg. Dariac, der Vorsitzende des Finanzausschusses der Kammer. Er hat im Juni eine Informationsreise nach dem besetzten Rheinlande sowie nach Duisburg und Düsseldorf gemacht. Gleich nach seinem Erscheinen erregte sein Bericht Aufmerksamkeit, denn er empfiehlt als einzige Lösung der europäischen Krise eine industrielle Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands. Hierbei hat er natürlich vor allem die Interessen der französischen Schwerindustrie im Auge, die schon lange die Konkurrenz der Deutschen fürchtet, aber immerhin ist es für einen Franzosen ein kühner Vorschlag. „Die deutschen Industriellen“, sagt Dariac, „erklären laut, daß die Einigung von deutschem Koks und französischem Eisenerz große Ergebnisse zeitigen würde, wenn die beiden Völker direkte Vereinbarungen zur Wiedergutmachung im Geiste des Wiesbadner Abkommens abschließen würden. Jetzt, wo man eine Aussprache zwischen Poincaré und Lloyd George entgegensieht, weist das „Journal“ noch einmal auf den Bericht Dariacs zurück. Für uns hat dieses Schriftstück vor allem Bedeutung, daß hier zum ersten Mal in einem amtlichen Schriftstück der französischen Kammer von einer freundschaftlichen Verständigung mit Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete die Rede ist.

Zu den wenigen Franzosen, welche sich wenigstens einmal Gedanken darüber machen, wie eigentlich die Stimmung Deutschlands gegen Frankreich ist und sein muß, gehört der Hauptmann d'Etchegoyen, der von Berlin aus dem „Matin“ einen Brief über die Stimmung in Deutschland schrieb. Offen wird hier zugegeben, daß in Deutschland zurzeit Haß herrsche. Dieser Haß sei aber erst seit 1919 entstanden. Er habe in der letzten Zeit durch französische Irrtümer in erschreckender Weise zugenommen. Er beruft sich auf Mitteilungen eines hohen französischen Beamten, der Deutschland seit langem genau kennt. Dieser stellt fest, daß der Haß sich in keiner Provokation äußere, daß er aber tiefere Wurzeln habe und deshalb um so gefährlicher sei. Der vorurteilslose Verfasser tadelt die französische Politik der Nadelstiche. Er hält es für richtig, wenn die Deutschen sich darüber beklagen, daß die französischen Politiker immer in herabsetzenden Worten von Deutschland reden. Er meint, daß es eine Provokation ist, wenn führende Persönlichkeiten der Entente (in Betracht kommt wohl nur Frankreich) immer nur im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit reden, als ob sie allein diese Tugenden besäßen.

Einer von diesen weißen Raben, die ihr vernünftiges Urteil nicht ganz und gar vom chauvinistischen Rausch verblenden lassen, ist auch der bekannte Politiker Caillaux. Er ist pazifistisch gerichtet und tritt für einen wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas ein. Die Zollschranken, welche nach dem Kriege aufgerichtet wurden, müssen dazu führen, daß Europa erstickt. Der Zusammenbruch der mitteleuropäischen Valuten sei ein Sturmzeichen, aus dem Sinken ganz Europas werde Frankreich keinen Vorteil ziehen. Endgültig müsse die Frage der Staatsschulden geregelt werden und jeder Wirtschaftskrieg vermieden werden, damit die Vereinigten Staaten von Europa geschaffen werden können.

Wir haben diese vernünftigen, warnenden und Deutschland günstigen Stimmen nur angeführt, um den Kontrast zu der Menge der andersartigen Äußerungen um so schärfer zum Ausdruck zu bringen. Poincaré wirft den Deutschen vor, daß sie an ihrem Unheil allein schuld seien. Besonders die Großindustrie bereichere sich in unerlaubter Weise und auf Kosten des übrigen Volkes. Er wirft Deutschland bösen Willen vor und äußert sich mit diabolischer Logik: „Wenn die Deutschen erst die Reparationen bezahlen können, dann werden sie es nicht tun wollen und darum — müssen sie sie bezahlen.“ Als von einem zweijährigen Moratorium für Deutschland die Rede war, äußerte der „Temps“, das der Regierung nächststehende Blatt: „Während der Jahre des Moratoriums werden die Deutschen sich nach Kräften bemühen, um ihren Handel zur Blüte zu bringen, ihren Einfluß auf das Ausland zu vergrößern und ihre Geldvorräte zu vermehren. Unterdessen würde Frankreich und Belgien unter der Last des Wiederaufbaus und England durch Arbeitslosigkeit zusammenbrechen (!). Wenn im Jahre 1925 von Deutschland die fälligen Zahlungen gefordert würden, dann würde es ihm auch nicht im Traume einfallen, zu zahlen.“ In Frankreich will jedermann als Rentner leben, ohne zu arbeiten, man will von den Zahlungen anderer Staaten leben, wie ehemals von den russischen Zinsen, so jetzt von den deutschen Reparationen. „Wenn Deutschland zögert,“ so äußerte Poincaré im Senat, „zu bezahlen, so werden wir unter der Last zusammenbrechen und zum Aeußersten getrieben werden.“ Frankreich könne nicht zulassen, daß sich Deutschland auf seine Kosten bereichert. Wenn man Frankreich im Elend zusammenbrechen ließe, so würde dadurch Europa eine tödliche Wunde erhalten. All dies ist natürlich heuchlerisches Gerede, das über die ungezügelte Habgier Frankreichs und seinen ungehemmten Vernichtungswillen, der Deutschland auf die Dauer und vollständig ruinieren will, hinwegtäuschen soll. Die Unwahrhaftigkeit solcher Klagen geht aus den statistischen Feststellungen über die Lebenshaltung in Frankreich und anderswo hervor. In Paris ist das Leben noch nicht einmal ganz 3mal so teuer wie vor dem Kriege, in Polen 469mal (die Zahlen für Deutschland liegen mir nicht vor). Ebensowenig wie deshalb Polen im Elend zusammenbricht, braucht Frankreich im Elend zusammenbrechen, wenn es jährlich nur 1 Milliarde statt 2 erhält. Frankreich darf nicht mit seiner Rüstungsindustrie indentifiziert werden. Frankreich will keinen Frieden, sagte doch auch Clemenceau 1919 in einer Unterredung mit Stabsoffizieren mit brutaler Offenheit: „Haben Sie keine Angst um Ihre militärische Karriere. Der Friede, den wir uns gesichert haben, sichert Ihnen einen 10jährigen Konflikt in Mitteleuropa.“ Aber noch unsinniger und krasser sind die Ansichten gewisser chauvinistischer Politiker. So hielt z. B. der frühere Minister und Vorsitzende des Kammerausschusses für Auswärtiges, Boullion am 27. Juni ds. Js. in Versailles eine Rede, in der er ausführte: Frankreich sei das große Opfer des Friedens. Der Vertrag von Versailles sei ein Verbrechen gegen Frankreich und die Stunde der Gerechtigkeit, die von Foch angekündigt worden sei, werde bald für seine Urheber schlagen. Der Friede von Versailles sei von Leuten gemacht worden, deren Dummheit nur noch von ihrem Stolze übertroffen werde. Das Frankreich der Marne und von Versailles werde aber auch über die Gefahren von morgen triumphieren.

Wie soll man sich solche unsinnigen Äußerungen erklären? Frankreich, ein Land, das berühmt ist durch den Geschmack, den gesunden Verstand und die nüchterne Urteilskraft seiner Bewohner, das Land, das so klare Köpfe hervorgebracht hat wie einen Pierre Bayle, Voltaire, d'Alembert, Taine und andere, dieses Land befindet sich in einem Rauschzustande und sieht vor Augen fortwährend das Rot des Blutes, des Feuers und des Hasses. Es ist nicht imstande, sich klare Rechenschaft zu geben über die Lage. Es erkennt nicht die Notwendigkeiten, welche sowohl das europäische wie das eigene Wohl fordern. Dies muß als ein vollkommenes Rätsel erscheinen.

Wir hatten am Ende des ersten Abschnitts unserer „Europäischen Rundschau“ drei Fragen gestellt, deren Beantwortung wir jetzt unternehmen wollen. Die erste Frage war die nach den Ursachen der Haltung Poincarés. Ein Mann wie Poincaré ist nicht ausschließlich aus sich selbst heraus zu verstehen. Daß er Lothringer ist, kann seinen Deutschenhaß nicht genügend erklären. Ein solcher Mann ist vielmehr durchaus als Symbol von Tendenzen zu verstehen, welche weite Kreise seines Volkes erfüllen. Genau so liegt die Sache in England bei Lloyd George. Poincaré ist das Instrument weiter französischer Kreise. Ihm persönlich gehört allerdings die zähe Energie,

Aufschub der Maßnahmen gegen die Ansiedler.

Genf, 2. August. Der Völkerbund hatte am 17. Mai eine Entschließung angenommen, in der er sich an die polnische Regierung mit der Bitte wandte, alle Verwaltungs- und Gerichtsmaßnahmen hinauszuschieben, die den Landwirten deutscher Abstammung, die jetzt Bürger des polnischen Staates sind, Schaden bringen könnten. Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat von der polnischen Regierung eine Antwort erhalten, in der die Frage der Entfernung der deutschen Ansiedler im Posenschen berührt worden ist. In dieser Note hat der jetzige Außenminister Narutowicz im Namen der polnischen Regierung **sein Einverständnis zu der Aufschiebung der oben angeführten Maßnahmen** bis zur Beendigung der kommenden Session des Völkerbundes erklärt. Diese Aufschiebung findet Anwendung auf folgende Ansiedler, die polnische Staatsbürger sind und in folgende zwei Gruppen geteilt werden: 1. Ansiedler, die den Kaufkontrakt mit der früheren Ansiedlungskommission vor dem 11. November 1918 abgeschlossen haben und die bis zu diesem Tage noch keine Auflassung bekommen haben; 2. Ansiedler, die am Tage der Bestätigung wirtschaftliche Nutznießung auf Grund eines Pachtvertrages hatten, dessen Frist noch nicht erloschen ist, unter der Bedingung, daß die Ansiedlung nicht später von der Ansiedelungskommission angekauft worden ist.

Die obige Note ist dem Völkerbunde zur Kenntnis gegeben worden. Außerdem hat die polnische Regierung dem Sekretariat des Völkerbundes eine Denkschrift vorgelegt, die Rechtslage und die faktische Lage der Fragen aufklärt, die in der Entschließung des Völkerbundes vom 17. Mai aufgeworfen worden sind. Diese Denkschrift wird von dem polnischen Delegierten und dem Generalsekretariat geprüft werden. Diese werden dann während der nächsten ordentlichen Session des Völkerbundes einen entsprechenden Bericht erstatten.

Die Ansiedlerfrage in den deutsch-polnischen Verhandlungen.

In Nr. 167 unseres Blattes brachten wir das Programm der deutsch-polnischen Verhandlungen, und zwar nach dem Bericht eines polnischen Blattes. Ein Vergleich mit den deutschen Blättern belehrt uns, daß ein wichtiger Verhandlungsgegenstand merkwürdigerweise von den polnischen Zeitungen ausgelassen worden ist. Einen besonderen Punkt der Verhandlungen bilden nämlich **die deutschen Ansiedler, ihre Rechtsverhältnisse und ihre Behandlung durch die polnischen Behörden.** Dies sei zur Kenntnisnahme für etwaige Interessenten hier noch mitgeteilt.

Theorie und Praxis.

In der Antwort des polnischen Vertreters beim Völkerbund auf die Eingabe des Deutschtumsbundes vom 12. November vorigen Jahres, die an den Völkerbund eingereicht wurde, findet sich folgende Behauptung, die natürlich doch nur mit Wissen und Billigung der polnischen Regierung gemacht sein kann, also auch deren Ansichten wiedergeben muß:

„In jedem Teil des vormals preußischen Gebietes hat jeder polnische Bürger deutscher Sprache das Recht, sich in seiner Sprache mündlich und schriftlich an die Gerichte und an alle anderen amtlichen Stellen zu wenden, und in dieser selben Sprache erhält er seine Antwort.“

Uns wird zur Verfügung gestellt ein Schreiben, dessen Inhalt zum Teil den vollständigen Widerspruch zu den oben abgedruckten amtlichen Äußerungen bedeutet. Der betreffende Absatz dieses Schreibens lautet in deutscher Übersetzung folgendermaßen:

Appellationsgericht IV. Senat.
9. VI. 10/174. Posen, den 14. Juli 1922.

Bezüglich Ihres Antrages, die Korrespondenz mit Ihnen in dieser Angelegenheit in deutscher Sprache zu führen, da Sie die polnische Sprache nicht beherrschen, müssen wir bemerken, wie schon früher am 10. August 1921, **daß die Amtssprache in Posen die polnische Sprache ist und daß die Gerichte lediglich sich dieser Sprache bedienen können.**

Der Senatsvorsitzende.
(gez.) Norski.

Mit dieser Haltung des Appellationsgerichts stimmt es zusammen, daß neulich bei der Registrierung der gewesenen Offiziere von den Bezirkskommandos Lebensläufe, die in deutscher Sprache abgefaßt waren, zurückgewiesen wurden und solche in polnischer Sprache verlangt wurden. Einer der früheren Offiziere des deutschen Heeres bestand darauf, daß sein in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf angenommen wurde und erreichte dies auch, nachdem er sich an eine höhere militärische Stelle gewandt hatte.

Es ist eigentümlich zu beobachten, wie wenig Verständnis die guten und gerechten Absichten der Regierung bei den ihr unterstellten Organen finden.

Ein Sejmabgeordneter braucht nicht die polnische Sprache zu beherrschen.

Irrtümlicherweise teilt die „Deutsche Rundschau“ kürzlich mit, daß von jedem Sejmkandidaten Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift verlangt werde. In Nr. 152 des genannten Blattes wird jedoch die Mitteilung eines deutschen Sejmabgeordneten veröffentlicht, wonach nicht von den Sejmabgeordneten, sondern von den Mitgliedern der Wahlkommissionen die Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift verlangt wird.

Der von dem „Zwiazek Ludowe Narodwy“ gestellte Zusatzantrag betreffend die polnischen Sprachkenntnisse der Wahlkommissionsmitglieder wurde in der zweiten Lesung abgelehnt, für die dritte Lesung wieder eingebracht und leider mit einer geringen Mehrheit angenommen.

Die gleiche Forderung wurde hinsichtlich der Abgeordneten zum Sejm und Senat seinerzeit bei der Beratung der Verfassung erhoben, aber abgelehnt. Die Abgeordneten brauchen also die polnische Sprache nicht zu beherrschen, deren Kenntnis allerdings erwünscht ist, da die Verhandlungen im Parlament bekanntlich nur in der polnischen Sprache geführt werden.

die unbeirrbare Gleichläufigkeit des Wollens und Handelns an, die ihn zu einem so beachtenswerten Gegner und zu dem tatsächlich maßgebenden Faktor in Europa machte. Der Inhalt seiner Gedanken aber, die Welt von geistigen, politischen und wirtschaftlichen Tendenzen, die er vertritt, ist nicht von ihm geschaffen, sondern im Gegenteil: diese Welt hat sich ihn zum willkommenen Werkzeug genommen. Diese Welt ist nicht gleich Frankreich. Der bessere Teil Frankreichs, der für die spätere Geschichtsbetrachtung der einzige würdige Repräsentant Frankreichs sein wird, befindet sich vorläufig vollständig in der Minderheit. Nach dem Friedensschluß haben sich aber diese von einem besseren Geiste beseelten Elemente mehr und mehr erhoben und sind allmählich zunächst zu einem großen Erstaunen über die Politik des eigenen Landes, dann zur Kritik und schließlich zum offenen Widerstande erwacht.

Zu ihnen gehört **Michel Corday**, ein Schriftsteller, der einen ähnlichen Weg hinter sich hat wie der Held in Paul Reboux' Roman „Der einzige Weg." Corday schrieb bisher galante Romane. Jetzt ist er abgeschwenkt und entlarvt in seinem neuesten Werke, betitelt **„Hochöfen"** die wahren Schuldigen an der Stimmung des Hasses, welche Frankreich vergiftet. Seine Ausführungen geben die Antwort auf unsere zweite Frage, woher in der französischen Gesellschaft die Stimmung des Hasses kommt. Die Schwerindustrie Frankreichs ist das gefährliche „Reptil", dessen „listige Bewegungen" andauernd den Frieden stören. **Die französische Rüstungsindustrie** hat in ihrem eigenen materiellen Interesse von jeher einen gewaltigen Einfluß auf die französische Presse ausgeübt. Die französischen Geschützfabriken haben schon vor Ausbruch des Krieges jedem Pariser Boulevardblatte und größeren provinziellen Zeitungen Unterstützungsgelder gezahlt, in verschiedener Höhe, je nach der Bedeutung des Blattes. Die größten Blätter, wie „Matin", „Journal" und „Figaro" gingen im Jahre 1913 zum größten Teil in den Besitz des Rüstungskonzerns „Château—Commentry" und „Fileries du Havre" über. Die große Zeitung „Echo de Paris" wurde das Hauptblatt des größten Geschützfabrikanten Creusot. **Die führenden Politiker wurden für die Interessen der großen Kanonenfirmen gewonnen, indem sie als Rechtskonsulenten mit** hohem Gehalt engagiert wurden, natürlich ohne jemals wirklich einen Rat zu erteilen. So André de Fèvre, Poincaré, Millerand, Briand. Delcassé nahm sogar in einem Eisenwerke des Rhonebeckens eine leitende Stellung als Verwaltungsrat ein. Die Wünsche der zahlenden Rüstungsindustrie gingen nach zwei Richtungen: 1. Steigerung des Vertrauens auf die Artillerie (Verherrlichung der 7 mm Geschütze usw.) 2. Planmäßige Aufpeitschung des Mißtrauens gegen das deutsche Volk und und des Hasses gegen die deutsche Armee. Mehr als 2 Milliarden Francs wurden geopfert, um die Presse zu bestechen. Hierdurch wurde in ganz vortrefflicher Weise auf den Krieg hingearbeitet, der all die geopferten Gelder in vielfachem Maße wieder einbringen sollte. Um der französischen Oberschicht weiterhin ihr Rentnerdasein zu ermöglichen und ihre materielle Lebenshaltung zu verbessern. Natürlich benutzte man auch ganz unbedenklich diejenigen Männer, welche in einer Art falschen Idealismus und pathologischen Heroismus den Krieg als eine große Sache ansahen, wie Clemenceau, der 1903 schon sich äußerte, die beiden Völker müßten sich einmal schlagen, denn der Mensch lebe nicht allein, um zu essen. So freilich dachten die gepflegten Großindustriellen nicht, die sich nichts abgehen ließen, auch während des Krieges nicht und natürlich 1914 die ersten waren, die nach Bordeaux flohen.

Während des Krieges mußte die bezahlte Presse durch eine Haß- und Greuelkampagne den häufig sehr schwankenden Widerstandswillen des Volkes stärken und vor allem täglich für die Geschützfabrikation im allergrößten Stil eine Lanze brechen. Und wie steht es heute? Seit Frankreich den Sieg errungen hat, ist es fast noch schlimmer geworden. Die Blätter stehen weiter im Solde der Rhonemagnaten. In ihrem Dienste stehen die sogenannten Ruhrpolitiker, die Reparationsapostel und die rasenden Patrioten, welche fortwährend Blut und Feuer sehen und instinktiv auf ihre eigenen Wahngebilde mit Säbelrasseln reagieren. Michel Corday charakterisiert die Wühlarbeit der Rüstungsindustrie mit den Sätzen: „Diese Herren sorgen für die Erhaltung des Kriegsgeistes und des Hasses gegen die Deutschen. Von Abrüstung wollen sie nichts wissen. Sie bereiten neue Kriege vor, denn vom Frieden können sie nicht leben. So kommt es, daß in dem Frankreich von 1922 der Haß gegen Deutschland ebenso groß ist wie vor dem Kriege." Der berühmte Schriftsteller **Anatole France**, ein typischer Vertreter des französischen Geistes, hat sich für Corde und dessen Bestrebungen eingesetzt. Er erhebt seine warnende Stimme, um die Volksmassen vor den Gefahren dieser egoistischen Bestrebungen zu warnen. Der größte Teil der Presse freilich schweigt dies Buch tot, wie es ja an allen Orten die Nationalisten mit unangenehmen Feststellungen und Beweisführungen tun. Nicht einmal die Zeitungen der linksrepublikanischen Opposition wollen sich damit befassen.

Wir sind nun so weit, um auf die dritte Frage einzugehen: Weshalb erhoben sich die französischen Sozialisten nicht mit größerer Energie gegen diese abscheuliche Propaganda. Ihre Presse nahm zwar und nimmt die Schmiergelder der Rüstungskapitäne nicht an, wenn sie aber daran denken, gegen diese Machenschaften aufzutreten, so geraten sie in die größten Schwierigkeiten. Es geht nämlich um die Beschäftigung vieler Tausender Arbeiter, die im Rhonebecken, in Mittelfrankreich. im Distrikt von Le Havre von der Rüstungsindustrie leben. Diese würden brotlos werden, wenn Frankreich abrüstete, denn die französische Industrie besitzt nicht die Geschmeidigkeit, den rastlosen Arbeitseifer, die Organisationskraft der Deutschen, die nach dem verlorenen Kriege mit wunderbarer Anpassungsfähigkeit ihre Betriebe umgestalteten zur Anfertigung nicht kriegerischer Artikel. Ein Grund mehr für die geistig trägen französischen Industriellen, um Deutschland zu hassen. So erklären sich die Angriffe Poincarés auf die deutsche Industrie, der er ihren ungeschwächten Unternehmungseifer zum Vorwurf macht. Durch diese Verhältnisse sind aber leider auch die französischen Gewerkschaftsblätter verhindert, die ihrem politischen Programm angemessene Stellung gegenüber dem verbrecherischen Treiben ihrer Brotherrn einzunehmen, denn auch die französischen Arbeiter sind materiell von der weiteren Blüte der Rüstungsindustrie abhängig und würden bei einer Abrüstung Arbeit und Brot verlieren. Das sind die Antworten auf unsere drei Fragen.

Diese Antworten zeigen uns, wie tief das ganze Verhalten der Franzosen, die Richtung ihrer Politik, die Stimmung ihrer natürlich von der Presse beeinflußten Gesellschaft notwendig bedingt ist durch die geistige, technische und organisatorische Minderbegabung ihre Industriellen gegenüber den Deutschen. Also innere Unfähigkeit treibt die Franzosen zu ihrer wahnsinnigen Haltung. Damit ergibt sich ein vernichtendes Urteil über die französische Politik und Haltung. Diese ist durchaus unnatürlich, denn Natur und Logik verlangen es, daß die höhere Fähigkeit und Begabung auch die höhere Stellung einnimmt. Das heutige Verhältnis von Frankreich zu Deutschland ist ein unnatürliches und innerlich unwahres. Die historische, psychologische und logische Notwendigkeit wird zwangsläufig, sei es nun in 30 Jahren, sei es in 50, sei es in einem Jahrhundert dies widersinnige Verhältnis umkehren. Nur die Geschichte kann das französische Rätsel endgültig lösen.

Deutschlands Bankerott.

Deutschland lehnt die Forderungen der französischen Drohnote ab.

Berlin, 31. Juli. In der heutigen Nachmittagssitzung des Reichskabinetts wurde die Antwort auf die französische Note über die deutschen Ausgleichszahlungen fertiggestellt. Das Kabinett kam zu der einmütigen Auffassung, nicht erst die englische Antwort abzuwarten, sondern die deutsche Antwort sofort fertigzustellen und die Note schon morgen in Paris überreichen zu lassen. Man war der Ansicht, daß auch nach Ablauf der gewährten zehntägigen Frist sich in der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage keine Änderung ergeben könne, die den Standpunkt der deutschen Regierung ändern könnte.

Wie man hört, wird die deutsche Note die Erfüllung der französischen Forderungen auf Zahlung der voll verlangten Summe von 40 Millionen Goldmark, die heute 6 Milliarden Papiermark darstellen, als unmöglich bezeichnen. Weiter dürfte erklärt werden, daß eine Trennung der Ausgleichszahlungen von den mit dem ganzen Reparationsproblem verbundenen Fragen unmöglich sei. Alle Zahlungen, die Deutschland an die Verbündeten zu leisten hätte, kämen alle aus derselben Einnahmequelle: der Steuerkraft der Bevölkerung. Sämtliche Zahlungen hingen aufs innigste mit der deutschen Leistungsfähigkeit zusammen. Diese sei jedoch an der Grenze angelangt. An Hand genauester Zahlenunterlagen wird sodann die Unmöglichkeit der Erfüllung belegt werden.

Berlin, 30. Juli. Zu der französischen Note, die die von Deutschland erbetene Herabsetzung der monatlichen Ausgleichszahlungen ablehnt, bemerkt der Lokal-Anzeiger" u. a.: **„Wir haben nicht mehr die Wahl zwischen dem Ende mit Schrecken und dem Schrecken ohne Ende. Das Ende mit Schrecken ist bereits in greifbare Nähe gerückt.** Die Erfüllungspolitik ist, wie der demokratische Führer Gothein schon vor fast einem halben Jahre schrieb, längst zur Katastrophenpolitik geworden.

Die „Dt. Allg. Zeitung" bezeichnet den Schritt Frankreichs als sinnlose Willkür und Hohn auf alles, was sich in der letzten Zeit in der Presse der Ententeländer an wachsender Einsicht in die Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands und das Reparationsproblem dargetan habe.

In der „Berl. Börsenzeitung" heißt es unter Hinweis darauf, daß die Vereinigten Staaten im russischen Hungergebiet 13 Millionen Menschen ernähren und schon fünf Millionen Kinder dem Hungertode entrissen haben: Es liegt in der Hand Amerikas, den Zeitpunkt zu verhüten, an dem auch Deutschland so weit kommt, daß die amerikanische Hilfe in dieser Form eingreifen muß. Es darf aber nicht mehr lange zögern.

Die Stellung Englands.

Die Antwort der englischen Regierung auf das deutsche Gesuch um Herabsetzung der Ausgleichszahlungen ist heute abend in Berlin eingegangen. Die Note begnügt sich damit, den Empfang des deutschen Schreibens zu bestätigen, und erklärt, daß die englische Regierung das deutsche Gesuch baldigst mit den anderen beteiligten Mächten erörtern will.

Die bevorstehende Parlamentsrede Lloyd Georges.

London, 31. Juli. „Sunday Times" zufolge gedenkt Lloyd George ungefähr am 10. August auf drei bis vier Wochen auf Urlaub zu gehen. Das Blatt schreibt, vorher werde er im Parlament noch eine arbeitsreiche Zeit haben, denn am Montag werde die Frage der Einfuhr der deutschen Stoffhandschuhe im Unterhaus erörtert. Im weiteren Verlaufe der Woche anläßlich der Kreditvorlage werden die Debatten über das Reparationsproblem und die Frage der interalliierten Schulden erfolgen. Der Premierminister dürfte voraussichtlich hierbei manches sagen, was er unter anderen Umständen zunächst Poincaré gesagt haben würde. **Angesichts des Versuches, in Frankreich den Geist von Bar-le-Duc wieder aufzuleben, würde die Erklärung des britischen Premierministers von größter Bedeutung sein.**

Selbst Grey für eine „großmütige Regelung."

London, 31. Juli. Viscount Grey hielt gestern bei der Kundgebung gegen den Krieg in New-Castle eine Rede, in der er sagte, nur der Völkerbund könne in Europa gesicherte Zustände wiederherstellen. Die Vorbedingung für das Wiederaufleben des britischen Handels sei die Wiederherstellung Europas. Leider sei die Reparationsfrage eine Quelle, die Uneinigkeit zwischen die französische und britische Regierung bringe. **Aber die eigentliche Schuld an diesen Meinungsverschiedenheiten trage die Langmütigkeit der britischen oder der Starrsinn der französischen Politiker. Die öffentliche Meinung in England sei für eine großmütige Regelung.**

London, 31. Juli. „Observer" schreibt in einem Leitartikel über die Reparationsfrage, Frankreich müsse erwägen, daß, wenn Deutschland produzieren und zahlen soll, Frankreich aufhören müsse,

---

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

(58. Fortsetzung.)

Aber mehr noch: Auch er witterte ein Geheimnis in dem Fall.

Er hatte sich alle Mühe gegeben, es aufzuklären, aber vergebens. Das Vorleben der Rabl, Eislers und seiner Mutter schien so banal durchsichtig und ereignislos, daß die Worte in Mutter Rabls Testament völlig unverständlich wirkten.

Nur die beiden Mordversuche an Eisler — wenn sie nicht ein Gebilde seiner Phantasie waren? — und die Bezeichnung der Ohrgehänge als sein Eigentum, für die er selbst keine Erklärung wußte, deuteten an, daß doch irgend etwas Geheimnisvolles in sein Leben hineinspielen mußte.

Dr. Wasmut hatte seine in einer kleinen Villa gelegene Wohnung erreicht und überlegte eben, ob er den Abend daheim verbringen oder zu irgend einem Gartenkonzert gehen sollte, als seine Wirtschafterin ihm meldete, daß ein Herr auf ihn warte.

Es war Silas Hempel.

„Dich führt mein guter Genius her!" rief Dr. Wasmut, ehrlich erfreut und schüttelte wieder und wieder des Freundes Hand. „Wie oft habe ich Dich in den letzten zwei Monaten herbeigesehnt, wenn ich glaubte, der Kopf ginge mir entzwei über dieser vertrackten Geschichte!"

„Du meinst den Fall Eisler?"

„Welchen denn sonst? Du hast ihn mir ja über den Kopf geworfen wie ein Joch — —"

„Ich?"

„Ja! Mit Deinen Behauptungen von seiner Unschuld — von Geheimnissen — —"

„An die Du ja nicht glauben wolltest! Oder hast Du inzwischen einen Faden gefunden?"

„Nicht die Faser eines Fadens! Aber ich glaube trotzdem, Du hattest nicht ganz unrecht — übrigens hast Du denn etwas gefunden?"

„O ja! Ich glaube wohl — einiges, das Dich interessieren wird. Aber ehe wir damit beginnen: Was hast Du für den heutigen Abend vor?"

„Nichts. Ich tue, was Du willst."

„Dann schlage ich vor, wir bleiben hier, Du gibst mir einen Bissen zu essen, und wir plaudern ganz gemütlich über die Sache bei einem Schluck Bier und ein paar Zigarren. Ich muß Dich nämlich darauf vorbereiten: Mein Garn ist ziemlich lang."

„Desto besser! Setze Dich, Silas! Ich will nur Frau Therese die nötigen Anweisungen geben."

Eine halbe Stunde später hatten die beiden zu Abend gegessen und saßen nun wieder in Dr. Wasmuts Arbeitszimmer zwischen einer Zigarrenkiste und einer Batterie Bierflaschen.

Vor Silas Hempel lag außerdem seine Horndose und eine schwarze Ledermappe, die er eben lächelnd aufschlug.

Er nahm eine Photographie heraus und legte sie vor den Untersuchungsrichter hin.

„Das ist Schloß Senkenberg im Böhmerwald, Gerichtskreis Budweis, Bezirk Prachatitz. Hast Du mal davon gehört?"

„Im Leben nicht! Was geht mich das alte Schloß an?"

„Es wird Dich schon interessieren. Senkenberg ist eine sehr reiche Herrschaft mit kolossalem Grundbesitz. Ich schätze das Erträgnis auf gut 40 000 Kronen im Jahr. Außerdem ist die Geschichte des gegenwärtigen Besitzers von packender Romantik."

„Zum Teufel mit Deiner Romantik. Ich dachte, wir wollten über den Fall Eisler sprechen?"

„Warte nur! Das kommt schon noch. Erst mußt Du unbedingt die Liebes- und Ehegeschichte des alten Senkenberg anhören. Also paß auf, alter Knabe, und sei so gut: denke dabei an nichts anderes!"

Und während Wasmut, etwas Unverständliches vor sich hinbrummend, sich eine Zigarre anzündete, erzählte Hempel in kurzen Worten die Geschichte, welche Peter Mark ihm mitgeteilt hatte, bis zur Flucht Frau von Senkenbergs.

Dann machte er eine kleine Pause und blickte Wasmut prüfend an.

„Hast Du die einzelnen Punkte behalten:

1. Sie floh mit einem Vetter ihres Gatten.

2. Dieser Vetter — Eberhard v. Lavandal — war ein notorischer Lump, der Schulden und falsche Wechsel auf Senkenbergs Namen hinter sich ließ.

3. Sie nahm das Kind mit, um bessere Scheidungsbedingungen, eine wahrscheinlich recht bedeutende Apanage, und die Gewähr, daß man keine gesetzlichen Schritte gegen das flüchtige Paar einleite, zu erzwingen.

4. Sie wandte sich zuerst nach Wien.

5. In ihrer Begleitung befand sich eine junge Magd namens Trine Sedlaczek.

„Ist Dir all dies gegenwärtig, lieber Wasmut?"

„Natürlich! Ich bin doch kein Idiot! Aber der Kuckuck soll mich holen, wenn ich begreife, was mich diese ganze Geschichte angeht?"

„Geduld!" Hempel blätterte in seinen Papieren und legte dann mehrere Bogen vor den Untersuchungsrichter hin.

„Dies ist die Aussage der Trine Sedlaczek, die jetzt in ihrer Heimat in Dauba lebt und einen Tischler namens Nowak geheiratet hat. Ich ließ sie notariell beglaubigen, und Du kannst sie nacher selbst sehen. Ihr Inhalt ist kurz folgender: Frau von Senkenberg stieg mit ihr und dem kleinen Felix in Wien im Hotel Nordstern — damals zweifelhaften Ranges — ab und trug sich in den Meldezetteln als „Flora Miller samt Kind und Dienerin aus Prag" ein. Sie gab dann Trine eine größere Geldsumme, ließ sie schwören, ihren Aufenthalt nicht zu verraten, und riet ihr, janie mehr nach Senkenberg zurückzukehren. Sie selbst könne sie nicht länger behalten, da sie nach Deutschland reisen wolle. Am selben Tage noch trat eine durch den Hotelportier besorgte Kammerfrau in „Flora Millers" Dienste; Trine mußte ihr die Wartung des Kindes übergeben, und eine Stunde später das Hotel verlassen. Die neugemietete Kammerfrau hieß Anna Bardolf.

(Fortsetzung folgt.)

mit Garantien militärischen Charakters zu liebäugeln, die nichts weiter garantieren würden als den Zusammenbruch der Mark und im Gefolge davon den des französischen Franken.

Französische Enttäuschung über Belgien.

Paris, 1. August. In französischen politischen Kreisen herrscht eine gewisse Enttäuschung darüber, daß sich Belgien nicht dem Beispiel Frankreichs in der Frage des Ausgleichverfahrens angeschlossen hat. Die französische Presse übt allerdings in dieser Angelegenheit größte Zurückhaltung, da man die gute Stimmung in Belgien vor den bevorstehenden Verhandlungen in der Reparationsfrage nicht verderben will. Immerhin sind die Meldungen in den Pariser Zeitungen aus Brüssel in einem Ton gehalten, der schon an Kälte grenzt.

Auch die Kohlenforderung unerfüllbar.

Berlin, 1. August. Der Reichskohlenrat nahm eine Entschließung an, wonach Reichskohlenrat und Reichskohlenverband das von der Reparationskommission für die Monate August bis Oktober festgestellte Lieferprogramm an Reparationskohle für unvereinbar mit der deutschen Kohlenlage halten, namentlich angesichts des Rückganges der deutschen Steinkohlenförderung infolge des oberschlesischen Verlustes. Ferner wird in der Entschließung auf die Kohlennot in Deutschland und den Überfluß im Auslande sowie auf die widersinnigen Gegentransporte von deutscher Kohle ins Ausland und englischer Kohle nach Deutschland hingewiesen.

Herabminderung der interalliierten Kontrollkommission.

Berlin, 31. Juli. Wie die Tel.-Union erfährt, ist die Pressenachricht, wonach demnächst eine erhebliche Herabminderung der interalliierten Kontrollkommission erfolgen wird, in dieser Form nicht richtig. Bekannt ist bisher nur, daß die Marine-Kontrollkommission zum 1. Oktober in geringem Umfange verkleinert werden soll. Sie wird auch nach der Verkleinerung noch 44 Offiziere mit dem entsprechenden Beamtenapparat umfassen.

Stellung der Reparationskommission zum Moratorium noch unklar.

Berlin, 31. Juli. (Tel.-Un.) Zu der Meldung des „Neuyork Herald", wonach die Mehrheit der Reparationskommission dem deutschen Moratoriumsverlangen günstig gegenübersteht, kann von zuständiger Stelle nichts mitgeteilt werden, da keine der beteiligten Mächte bisher sich amtlich zu der Frage des Moratoriums geäußert hat.

Italienische Stimmen gegen Frankreich.

Rom, 31. Juli. (Tel.-Un.) Die Machenschaften der französischen Politik veranlassen Nittis „Paese" zu folgender Betrachtung: Frankreich drängt unbewußt zu seiner eigenen Isolierung. Italien ist bei seinem Überfluß an Menschen und der Kargheit seines Bodens gezwungen, auf die Beseitigung alles dessen zu drängen, was die Wiederaufnahme normaler Beziehungen unter den europäischen Völkern hemmt und lähmt.

Wichtige Veröffentlichung Vanderlips.

Berlin, 31. Juli. Der amerikanische Finanzmann Frank A. Vanderlip veröffentlicht in der „Vossischen Zeitung" unter dem Titel: „Die Schicksalsgewaltigen" einen Aufsatz, in dem er seiner Sorge über das wirtschaftliche Schicksal Europas Ausdruck gibt. Er nimmt dann Bezug auf die bevorstehende Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré, deren Ergebnis ganz Europa erwarte, da hiervon das Leben von 440 Millionen Menschen abhänge. **Der Friede von Versailles entbehre jeglichen Atoms von Gerechtigkeit und jeder Hoffnung auf Brüderlichkeit, von der Wilson geträumt habe.** Er sei ein Friede der Rache, in dem die Großmut und vor allem die Gerechtigkeit fehle. Frankreich lebe in der Illusion des Siegers, die 90 Milliarden Francs, die es für Wiederaufbauzwecke schon verausgabt habe, von Deutschland zurückzuerhalten. Unter dem Einfluß dieser Illusion verausgabte es diese 90 Milliarden, um Kriegsschäden teilweise zu heilen. **Ein Teil der Ausgabe war unklug, ein Teil des Geldes ging nicht durch ehrliche Hände. Aber es ist weg.** Dagegen führt es in seinem Defizitbudget den Posten „rückzuerstattende Ausgaben". Außerdem lebe es in der Angst vor einem wiederaufgebauten Deutschland.

Ein tiefersehender Beobachter geht nicht fehl, trotz aller widersprechender Argumente das unvermeidliche und baldige Herannahen einer Wirtschaftskrise allerschwersten Charakters für Deutschland vorauszusehen. Dies deute das Steigen des Dollars um fast 200 M. an. In diesem Winter sieht Vanderlip eine große Arbeitslosigkeit in Deutschland voraus, die zur Revolution von links führen werde, in deren Verlauf die Monarchisten und Reaktionäre, wenn auch nur vorübergehend, wieder zur Macht gelangen könnten, denn keine Regierung, welche politische Färbung sie auch habe, könne die Aktion der Wirtschaftskrise beseitigen, die Deutschland zu erdrücken droht.

Den gegenwärtigen Zwistigkeiten zwischen Bayern und dem Reich mißt Vanderlip keine besondere Bedeutung bei. Auch die amerikanische Geschichte weist dieses Gegenspiel zwischen Staatsregierung und Zentralregierung auf. Vanderlip hat mit dem Reichskanzler und mit dem bayerischen Ministerpräsidenten gesprochen und bei den Regierungen eine gemäßigte und ruhige Stellungnahme festgestellt, so daß man nicht zu befürchten braucht, daß jener innerpolitische Zwist das Reich zerbrechen werde.

Englands unklare Haltung in der Reparationsfrage ist durch die politische Lähmung Englands bedingt, das heute vor Frankreich Angst hat. **Es fürchtet sich vor Frankreichs Riesenheer, seinen Flugzeugen und seinen Unterseebooten, und diese Furcht hindert England daran, eine so entschlossene Politik zu führen, daß es möglicherweise zu einem Bruche mit Frankreich kommen könnte.** Wenn Amerikas moralische Kräfte auf die politische Lage einwirken könnten und Amerikas Finanzkräfte sich praktisch an einer Lösung beteiligten, könnte Amerika die Rettung der Welt bedeuten. Dazu gehört aber eine kluge und willensstarke Regierung, hinter der ein kluger Kongreß stehen müßte. Die Aussichten für eine solche amerikanische Politik seien aber nicht besser als die auf den raschen Abschluß eines Abkommens zwischen Lloyd George und Poincaré, das geeignet wäre, wenigstens Europa zu retten.

Aus Deutschland.

Ende des Schiffahrtsstreikes.

Bei den Seemaschinisten ergab die Abstimmung über den Schiedsspruch: In Stettin 82 dafür, 49 dagegen; in Kiel 70 dafür, 6 dagegen; in Bremen 83 dafür, 9 dagegen; in Flensburg 24 dafür, 21 dagegen; in Emden 13 dafür, 5 dagegen; in Lübeck 83 dafür, 7 dagegen; in Rostock 49 dafür, 19 dagegen; in Vegesack 186 dafür, 3 dagegen; in Hamburg 450 dafür, 131 dagegen. Bei den dem Transportarbeiterverband angeschlossenen Seeleuten ergab die Abstimmung in Stettin 245 für den Schiedsspruch und 127 dagegen.

Auch der Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, also die nautischen Schiffsführer, beschlossen, den Schiedsspruch anzunehmen. Es wurde bekannt gegeben, daß der Zentralverein deutscher Reeder auf Antrag des Verbandes deutscher Seeschiffervereine den Kapitänen eine nachträgliche Erhöhung der Gehälter um 20 Prozent für Juni und um 35 Prozent für Juli zugestanden und sich zu weiteren Verhandlungen über eine zeitgemäße Erhöhung dieser Bezüge bereit erklärt habe.

Trotzdem die Gewerkschaftsführer den Streik gemißbilligt hatten, war die deutsche Schiffahrt stillgelegt worden. Die Reisenden mußten auf ausländischen Schiffen untergebracht werden, und der gesamte deutsche Außenhandel sah sich gezwungen, auf ausländische Schiffahrtslinien abzuwandern.

Der Schaden für die deutsche Schiffahrt ist außerordentlich groß. Nach dem durch den Kriegsausgang bedingten Verlust des größten Teiles der deutschen Handelsflotte hatte die deutsche Seeschiffahrt sich bemüht, trotz aller Erschwernisse sich wieder einen Platz gegenüber der Auslandskonkurrenz zu erringen; Neubauten waren auf Stapel gelegt, und es bestand die begründete Hoffnung, daß die deutsche Handelsflotte wieder zu neuer Blüte würde gebracht werden können. Der Streik hat einen sehr bösen Strich durch alle diese Pläne gezogen, und selbst wenn jetzt die Arbeit wieder aufgenommen wird und die deutschen Schiffe wieder das Meer durchqueren werden, dürfte noch lange auf Schritt und Tritt zu spüren sein, welche Schädigungen nicht nur die deutsche Seeschiffahrt, sondern auch das gesamte deutsche Wirtschaftsleben durch diesen Streik erfahren hat.

Die Sozialdemokraten lehnen jede Gemeinschaft mit den Kommunisten ab.

Berlin, 31. Juli. Der Sozialdemokratische Parteitag für Groß-Berlin, der gestern stattfand, nahm eine Entschließung an, die die Arbeitsgemeinschaft zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei begrüßt und die Hoffnung ausspricht, daß es ihm gelingen möge, die einer Wiedervereinigung noch im Wege stehenden Hindernisse fortzuräumen. Dagegen wird jede Gemeinschaft mit den Kommunisten abgelehnt, da die Kommunistische Partei Deutschlands auch bei den Ereignissen der jüngsten Zeit gezeigt habe, daß sie keine Einigung wolle, sondern nach wie vor auf die Zersplitterung der Arbeiterschaft hinarbeite.

Feier des 11. August.

Berlin, 1. August. Die außenpolitischen Kreise haben es lebhaft bedauert, daß der Reichstag vor Beginn der Ferien den Gesetzentwurf über den Nationalfeiertag verabschiedete. Aber trotzdem wird der 11. August im ganzen Reich gefeiert werden. In Berlin findet am Vormittag des 11. August eine Feier im Reichstag statt, in der der badische Staatspräsident Hummel die Festrede halten wird. Während der Feier im Reichstag wird die Musikkapelle einer Reichswehr-Ehrenkompanie vor dem Hause konzertieren. Für den Abend ist im Staatstheater eine künstlerische Feier vorgesehen, zu der der Reichspräsident die Einladungen ergehen läßt. Von der republikanischen Jugend wird ein Fackelzug geplant, der vor dem Staatstheater enden soll. Wie in Berlin, so werden auch im Lande die Staatsbehörden den 11. August durch einen Festakt feierlich begehen. Über die Einzelheiten dieser Feier, insbesondere über die in den Schulen, schweben noch Verhandlungen, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen werden.

Polen und Deutschland.

Deutsch-polnischer Schiedsgerichtshof in Danzig.

Danzig, 31. Juli. (Tel.-Un.) In Gemäßheit der im April 1921 zwischen Polen und Danzig einerseits und Deutschland andererseits abgeschlossenen Konvention über den freien Transitverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland ist ein Schiedsgerichtshof zur Schlichtung aller aus der Ausführung und Auslegung der Konvention sich ergebenden Streitfälle errichtet. Dieser Schiedsgerichtshof wird seinen ständigen Sitz in der Freien Stadt Danzig haben. Wie die Tel.-Union erfährt, ist als Danziger Vertreter Oberregierungsrat Dr. Dräger in Aussicht genommen. Der polnische Richter im Schiedsgericht wird der Vizedirektor im Warschauer Eisenbahnministerium Franz Moskwa sein. Der deutsche Richter ist noch nicht bekannt. Über die Person des den Vorsitz führenden Oberrichters schweben Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland.

Das neue Kabinett übernimmt die Regierung.

Gestern früh ist der neue Ministerpräsident Juljan Ignacy Nowak ins Präsidium des Ministerrates gekommen und hat dem zurücktretenden Ministerpräsidenten Śliwiński einen Besuch abgestattet. Danach hielt er Konferenzen mit den Departementsdirektoren ab. Dann begab er sich ins Kultusministerium, wo er die Regierungsgeschäfte als Kultusminister übernahm. Um 11 Uhr vormittags erschienen alle Minister des vorigen Kabinetts im Präsidium, um sich von dem zurücktretenden Ministerpräsidenten Śliwiński zu verabschieden. Dann nahmen die Beamten des Präsidiums von Śliwiński Abschied. In den Nachmittagsstunden übergab Śliwiński offiziell die Regierung dem Ministerpräsidenten Nowak. Heute um 11 Uhr vormittags findet die Sitzung des Ministerrates statt, in der der Ministerpräsident Nowak die Minister mit dem Text der Programmrede, die er am Donnerstag im Sejm halten will, bekanntmachen wird. Das Exposé wird die Antwort auf die dem Ministerpräsidenten während der letzten Konferenz mit den Parteiführern von diesen gestellten Fragen sein. Heute stellt sich die neue Regierung in ihrer vollen Zusammensetzung dem Staatspräsidenten vor.

Diplomatische Nachrichten aus Polen.

Warschau, 29. Juli. (Telun.) Der ehemalige zaristische Außenminister Ssasonow ist nach längerer Abwesenheit gestern wieder aus Paris nach Warschau zurückgekehrt.

Warschau, 29. Juli. (Telun.) Die Mitglieder der polnischen Delegation auf der Haager Konferenz Straßburger, Kossakowski und Zalewski sind gestern wieder in Warschau eingetroffen.

Warschau, 29. Juli. (Telun.) Der Chef der Ostabteilung im Ministerium des Auswärtigen, Kossakowski, ist soeben zum polnischen Gesandten in der Sowjetukraine ernannt worden. Gleichzeitig stehen umfangreiche Personalveränderungen bei den polnischen Gesandtschaften in Charkow und Moskau bevor.

Warschau, 29. Juli. (Telun.) Der polnische Außenminister Narutowicz empfing gestern den sowjetukrainischen Gesandten Obolenski in einer längeren Audienz und verhandelte mit ihm über mehrere strittige Angelegenheiten, die im Laufe der Ausführung des Rigaer Vertrages entstanden sind.

Aus Oberschlesien.

Untersuchungskommission für die Kattowitzer Vorgänge.

Verschiedene Warschauer Blätter melden, daß der Klub der konstitutionellen Arbeit im Sejm einen Dringlichkeitsantrag einbrachte, die Regierung solle den Entwurf zur Selbstverwaltung der Wojewodschaft, insbesondere wegen Ostgalizien, vorlegen. Ferner brachten die Sozialisten einen Dringlichkeitsantrag auf Entsendung einer Untersuchungskommission nach Kattowitz wegen der Störung der dort stattgefundenen sozialistischen Demonstration mit Unterstützung von Polizei und Verwaltungsorganen ein.

Die internationale Oderkommission.

Die Interalliierte Oderkommission beriet in ihren bisher abgehaltenen Sitzungen bereits wichtige Abschnitte des Entwurfs einer Oderakte durch, und zwar zunächst die Frage, welche Teile der Oder und Nebenflüsse dem internationalen Regime unterworfen sein sollten. Ferner wurden die grundsätzlichen Bestimmungen erörtert, die sich auf die Sicherstellung der Schiffahrt, die Freiheit der Schiffahrt und die Gleichbehandlung aller Flaggen auf der Oder beziehen. Weiterhin beschäftigte sich die Kommission mit der Frage des Transitverkehrs und der Zollförmlichkeiten sowie mit den Grundsätzen, die für die Benutzung der Häfen gelten sollen. Auch die Bedingungen wurden durchgesprochen, die für die Zulassung von Schiffern und Fahrzeugen zur Oderschiffahrt zu stellen sind. Über eine Reihe prinzipiell wichtiger Punkte wurde zwischen den Delegationen bisher noch kein Einverständnis erzielt. Ein großer Teil der Detailfragen wurde erledigt. Die Beratungen, die nur die erste Lesung des Entwurfs einer Oderakte darstellen, werden voraussichtlich in dieser Woche abgeschlossen.

Eine erschwindelte Unterredung mit Wojewode Rymer.

Das polnische Ministerium des Innern stellt fest, daß entgegen dem Artikel des „Przeglad Wieczorny" vom 11. Juli 1922 Wojewode Rymer keine Unterredung mit dem Korrespondenten dieses Blattes gehabt hat und daß die dem Wojewoden unterstellte Kritik gegen die Zentralregierung im Verhältnis zu Schlesien jeder Grundlage entbehrt.

Der griechische Anschlag auf Konstantinopel

Schon Einigung zwischen England und Frankreich?

London, 1. August. Aus halbamtlicher Quelle verlautet, daß zwischen England und Frankreich eine Verständigung über die Haltung herrscht, die zwecks Verteidigung der Neutralität Konstantinopels eingenommen werden müsse. Diese Verständigung zwischen Frankreich und England soll nach diplomatischem Meinungsaustausch über diese Frage erzielt worden sein. Der griechisch-türkische Konflikt wird Gegenstand der Beratungen zwischen Lloyd George und Poincaré in London sein.

Flucht der Einwohner Konstantinopels.

Wien, 2. August. Das „Neue Wiener Tageblatt" meldet über einen Zusammenstoß zwischen griechischen und türkischen Truppen in der Nähe der Tschataldschalinie. Die Tatsache, daß die griechischen Truppen vormarschieren, hat unter der Bevölkerung Beunruhigung hervorgerufen. Sie verläßt Europa und flieht auf die asiatische Seite.

Die Stärke der alliierten Truppen in Konstantinopel.

Wien, 2. August. Die „Neue Freie Presse" meldet, daß die englischen Truppen in Konstantinopel 5000, die französischen 6000 und die italienischen 2000 Mann zählen. Seit einiger Zeit findet in Thrazien die Umgruppierung von vier griechischen Divisionen statt.

Die Lage sehr gefährlich. Unruhe in Frankreich.

Berlin, 2. August. Die englische Presse meldet aus dem Balkan von Gefechten der griechischen Truppen. Die Lage ist sehr gefährlich, besonders deshalb, weil zwischen Griechenland und den Koalitionsmächten ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Griechenland landet immer neue Truppen, unter denen ein patriotischer Geist herrschen soll. Die Koalitionsmächte treffen Vorbereitungen zur Verteidigung von Konstantinopel. Der Pariser „Temps" fordert kategorisch die Übersendung eines Ultimatums an den griechischen König mit der Forderung, mit seiner bisherigen Politik in Kleinasien vollkommen zu brechen, das griechische Heer in Thrazien zu reduzieren und alle griechischen Truppen hinter die von den Koalitionsmächten festgesetzte Linie zurückzuziehen. Andernfalls wollen die Koalitionsmächte unverzüglich alle griechischen Häfen blockieren. Der „Temps" betont ferner, daß die Durchführung dieser Forderungen die Pflicht der Koalition sei. Die englische Regierung hat nach Konstantinopel neue Instruktionen gesandt. Die englische Admiralität trifft Vorbereitungen zwecks Verstärkung der englischen Truppen im Schwarzen Meere und in den Dardanellen.

Ruhige Betrachtung der Lage in England.

Berlin, 2. August. Der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatts" meldet aus Adrianopel, daß die griechische Regierung von neuem die Durchführung des Ministerratsbeschlusses bezüglich des militärischen Handstreichs auf Konstantinopel verschoben haben soll. Der englische General Harrington soll hierüber eine Beratung mit dem griechischen General Hadjanestis abhalten. Die Konzentration der griechischen Truppen vor der Tschataldschalinie ist schon erfolgt. Die öffentliche Meinung in England nimmt die Drohungen Griechenlands gegenüber Konstantinopel nicht allzu ernst. Lloyd George hat im Unterhaus erklärt, daß eine Konferenz der interessierten Koalitionsmächte und der Regierungen von Athen, Konstantinopel und Angora geplant sei.

England will die Neutralität Konstantinopels aufheben.

Paris, 2. August. Politische Kreise in Frankreich sind über die Ereignisse im Osten sehr beunruhigt. Die Proklamierung der Autonomie von Smyrna und die Konzentration von neuen griechischen Streitkräften an der Tschataldschalinie beweisen, daß Griechenland durchaus nicht geneigt ist, auf den Plan der Besetzung von Konstantinopel zu verzichten. Die Beunruhigung ist um so größer, da die englischen Okkupationstruppen in Konstantinopel schwach sind. Aus Malta sind englische Truppen und Schiffe nach Konstantinopel abkommandiert worden, wo die Nachricht von dem Anmarsch der griechischen Truppen eine förmliche Panik hervorgerufen hat. Der Oberste Heerführer der Koalitionstruppen in Konstantinopel, General Harrington, hat erklärt, daß dem englischen Heere das Recht einer Militäraktion in Konstantinopel zustehe. Diese Erklärung wird als Aufhebung der Neutralität Konstantinopels gedeutet.

Bulgarien geht mit der Türkei?

Paris, 2. August. Der „Petit Parisien" meldet, daß die Zahl der alliierten Truppen in der Türkei 11 000 Mann betragen soll; die englische Flotte steht in Stärke von 30 Kriegseinheiten in Bereitschaft. Nach der Verproviantierung soll sie nach Konstantinopel auslaufen. Es sind auch Gerüchte verbreitet, daß sich Bulgarien der Türkei anschließen soll. Bulgarien will sich nicht mit dem Verlust von Thrazien einverstanden erklären. Es ist bereit, als Preis für eine Wiedergewinnung dieses Landes der Türkei zu Hilfe zu kommen.

Die italienische Krise.

Nochmals ein Kabinett de Facta?

Rom, 1. August. Der König hat de Facta die Neubildung des Kabinetts angeboten.

Generalstreik in Norditalien.

Wien, 1. August. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Rom, daß in ganz Norditalien der Generalstreik ausgebrochen ist.

Sowjetrußland.

Die Einzelverhandlungen mit England und Frankreich.

Haag, 29. Juli. (Telun.) An den zurzeit in London geführten Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und Krassin über den Abschluß eines neuen englisch-russischen Wirtschaftsvertrages nimmt auch der Handelsvertreter der Sowjetregierung in Berlin, Stomoniakow, teil. Die Verhandlungen nehmen, wie es heißt, einen günstigen Verlauf.

Berlin, 29. Juli. (Telun.) Wie wir erfahren, wird die vor der Konferenz im Haag aufgetauchte Meldung, daß schon vor der Konferenz zwischen Russen und Franzosen vertrauliche Besprechungen stattgefunden hätten, deren Richtigkeit seinerzeit bestritten wurde, heute von französischer Seite bestätigt. Frankreich hat aus diesem Grunde auf den Mißerfolg der Konferenz im Haag hingearbeitet. Auch neuerdings haben, wie bekannt wird, Verhandlungen zwischen Painlevé und russischen Delegierten, und zwar auf deutschem Gebiet, stattgefunden, die noch andauern.

Donnerstag, 3. August 1922. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 172.

Aus der polnischen Presse.

Unter dem Titel: „Ministerpräsident Prof. Nowak" gibt der „Przegląd Poranny" vom Dienstag (Nr. 201) zunächst eine geschickt zusammenfassende Darstellung der ganzen Krise: „Das Kabinett Korfanty hat entgegen dem, was die dieses Kabinett unterstützende Presse geschrieben hat, angesichts der Ablehnung der Unterzeichnung der Nomination des vollständigen Kabinetts durch den Staatspräsidenten rechtlich nicht einen Augenblick existiert. Politisch ist es in dem Augenblick gestürzt, als in der Vollsitzung des Sejm der Antrag des Nationalen Volksverbandes und der mit ihm verbundenen Parteigruppen, der die Erteilung eines Mißtrauensvotums an den Staatspräsidenten beantragte, abgelehnt worden war. In dem eingebrachten Antrag war als eines der Motive die Ablehnung der Unterzeichnung der Nomination des Kabinetts Korfanty angegeben worden. Die Sejmmehrheit, welche diesen Antrag ablehnte, erklärte damit, daß sie den politischen Schritt des Staatspräsidenten akzeptiere, mithin also ihr vor einigen Tagen Korfanty geschenktes Vertrauen zurückziehe. So mußte jeder das Resultat der Abstimmung verstehen; so verstanden es auch der Abg. Skulski und die Nationale Volksvereinigung, als er in seiner Antwort auf den Vorschlag der Mitarbeit der Nationalen Volksvereinigung bei der Bildung der neuen Regierung sagte: „Wir sind der Meinung, daß es dieser Mehrheit und nicht uns obliegt, einen neuen Ministerpräsidenten vorzuschlagen." Wir können übrigens daran erinnern, daß, bevor sich der Antrag des Mißtrauensvotums für den Staatspräsidenten zeigte, ein Antrag eingebracht worden ist, der Korfanty ersucht, sich noch einmal an den Staatspräsidenten mit der Bitte zu wenden, das Kabinett Korfanty zu ernennen; als es sich aber zeigte, daß der Verfassungsklub diesem Antrage seine Unterstützung versagte, hat die Nationaldemokratie einen noch weiter gehenden Antrag (im Sinne der „Gazeta Warszawska") gegen den Staatspräsidenten eingebracht. Alles Angeführte zeugt davon, daß die Ablehnung des Antrages der Nationaldemokratie nur als Mangel an Vertrauen bei der Sejmmehrheit für Korfanty verstanden werden konnte. Trotz einer so klaren Lage versuchte die Nationaldemokratie noch im letzten Augenblick, die Lage zu verwirren und Unterstützung für Korfanty zu finden. Sie erklärte also mit aller Ruhe, daß die Ablehnung ihres Antrages nicht mit der Sprengung der Mehrheit für Korfanty identisch sei, und daß dieser so lange das Recht der Kabinettsbildung hätte, bis der Hauptausschuß sein Vertrauen ihm gegenüber gekündigt habe. Andererseits ist der Staatspräsident der Nationaldemokratie zur Hand gegangen, als er von neuem erklärte, daß er nicht eher die Mission der Kabinettsbildung übernehmen könne, bis sich der Hauptausschuß an ihn mit der ausdrücklichen Bitte darum wende, mit anderen Worten: so lange nicht der Hauptausschuß ausdrücklich sein Vertrauen für Korfanty rückgängig macht. Wie wir wissen, geschah dies vor einigen Tagen auf Antrag des Abg. Rataj. Der Hauptausschuß hat mit einer Mehrheit von 222 gegen 202 Stimmen seinen Beschluß, der Korfanty zum Ministerpräsidenten designiert, aufgehoben und sich an den Staatspräsidenten mit der Bitte gewandt, die Initiative der Kabinettsbildung zu übernehmen. Der Staatspräsident machte von dem Beschlusse des Hauptausschusses Gebrauch und nannte als Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten Dr. Juljan Ignacy Nowak, Rektor an der Jagiellonischen Universität. Der Ministerpräsident Nowak hat am politischen und parteilichen Leben Polens keinen tätigen Anteil genommen; dagegen hat er sich ziemlich lebhaft am öffentlichen und sozialen Leben der Stadt Krakau beteiligt. Wenn man die Parteiüberzeugung des neuen Ministerpräsidenten näher beschreiben soll, so steht er der Volksbewegung sympathisch gegenüber. Rektor Nowak erfreut sich des Ansehens eines gelehrten, energischen und politisch durch und durch rechtschaffenen Menschen. Im wissenschaftlichen Leben Polens hat der Name des neuen Ministerpräsidenten großen Wert, wofür der beste Beweis die Stellung ist, die er an der Universität einnimmt. Ein bestimmtes Licht auf den politischen Charakter des neuen Ministerpräsidenten können die Worte des Staatspräsidenten werfen, der einem hervorragenden politischen Agitator gegenüber die gegenwärtige politische Lage mit folgenden Worten charakterisiert hat: „Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß in dem fast in zwei Hälften geteilten Sejm die eine Hälfte, die gerade einige Stimmen mehr zählt, die Minderheit majorisiert. Als Staatspräsident darf ich nur eine Kompromißhaltung einnehmen und es unter so gespannten Verhältnissen nicht zu einer Majorisierung kommen lassen. Ebensowenig, wie ich in dieser Lage nicht die Rechte unterstütze, würde ich auch nicht die Linke unterstützen, selbst wenn es ihr zufällig gelingen sollte, einen eine ebenso unbedeutende Mehrheit umfassenden Block zu bilden. Aus obigen Worten ist zu ersehen, daß der neue Ministerpräsident ein Mann der politischen Mitte, kein Mann der Rechten, aber auch nicht der Mann der Linken des Sejm ist, ein Mann, der weder aus dem Lager der Sieger noch aus dem der Besiegten stammt. Nur ein Mann von solchem Charakter kann im gegenwärtigen Augenblick am Ruder sein und das Staatsschiff ruhig den neuen Wahlen zusteuern. Wir sind der Meinung, daß trotz des Widerstandes der Rechten bei der Designierung des Ministerpräsidenten Nowak dessen Person im Grunde genommen von der Rechten des Sejm milde genug aufgenommen werden wird.

*

Unter der Überschrift „Betrug" schreibt der „Robotnik" vom vorigen Sonnabend: Die Wahlordnung, die gestern in endgültiger Form vom Sejm angenommen wurde, ist eins der traurigsten Denkmäler seiner gesetzgebenden Tätigkeit. Die Wahlordnung wird uns den neuen Sejm geben, ihre Zangen, geschmiedet durch die Nationaldemokratie und die Piastengruppe, werden eine neue Volksvertretung gebären helfen. Über die Rolle der Nationaldemokratie bei der Bildung der Wahlordnung brauchen wir nicht zu schreiben. Es war von vornherein klar, was die Nationaldemokratie beabsichtigen würde, es unterlag keinem Zweifel, daß die Nationaldemokratie alles tun werde, was erforderlich ist, um die Arbeiterklasse in höchstem Maße zu benachteiligen. Diese Partei bot keine Überraschung, aber es muß hier festgestellt werden, daß nicht die Nationaldemokratie allein für die neue Wahlordnung verantwortlich zu machen ist. Das Schicksal dieser Wahlordnung lag in den Händen der Piastengruppe. Ein Mitglied der Piastenpartei ist Vorsitzender des Verfassungsausschusses, der zur Bearbeitung der Wahlordnung einberufen wurde, der Referent dieser Wahlordnung war ebenfalls ein Mitglied der Piastenpartei. Von den Piasten hing es ab, welche Mehrheit in der Kommission und im Sejm hinsichtlich der Wahlordnung vorhanden sein würde. Und die Piasten, die in den letzten Monaten offiziell ein wenig nach links herübergingen, die durch den Mund des Herrn Dąbski erklärten, daß es nur zwei entgegengesetzte Pole gibt: die Linke und die Rechte, stellten sich in der Angelegenheit der Wahlordnung, d. h. in der Angelegenheit der Bildung des neuen Sejm völlig auf die Seite der Rechten. Wir lenken die Aufmerksamkeit nur auf einen, aber dafür auch den wichtigsten Punkt. Wir sprechen von den Staatslisten. Unsere Leser wissen, worum es hier geht. Die Staatslisten sind normal genommen die Vervollständigung der Verhältniswahlen in den Wahlkreisen, sie bieten nämlich die Möglichkeit, den Rest der Stimmen, die in den Kreisen ohne Mandate verblieben, auszunutzen. Aber ein so normaler, gerader und ehrlicher Weg, die Zahl der Mandate mit der Zahl der erzielten Stimmen in Übereinstimmung zu bringen, behagte weder der Nationaldemokratie noch der Piastengruppe. Sobald unsere Genossen mit dem Entwurf der Staatslisten hervortraten, strengten die gelehrten Nationaldemokraten und Piasten, die Abg. Lutosławski und Buzek, ihre gedankenreichen Köpfe an, wie aus der aufrichtigen Staatsliste ein Mittel des Betrugs zu machen sei. Es begann mit dem Gedanken, daß nur jene Parteien ein Recht auf die Staatsliste haben sollen, die Mandate in 10 Wahlkreisen erhalten, wobei man aus der Staatsliste nicht mehr als die Hälfte dessen erreichen kann, was in den Wahlkreisen errungen wurde. Man erfand ein geistreiches Verfahren, mit deren Hilfe man zu einem Mandat aus der Staatsliste — auf der Grundlage der Stimmen anderer, kleinerer Parteien gelangen konnte. Aber all dieses befriedigte nicht den Appetit der „großen" Parteien, der Nationaldemokratie und der Piastengruppe, die gewaltsam Wege suchten, um künstlich ihre Größe noch zu vergrößern und sich an fremdem Gute zu bereichern. Man verwarf also den Grundsatz der Reststimmen und nahm eine neue Grundlage an, die in dem von Fäulnis angehauchten Europa unbekannt ist, und nach der die Mandate aus den Staatslisten den Parteien nicht im Verhältnis zu dem Rest der Stimmen zufallen, sondern im Verhältnis zur allgemeinen Zahl der Stimmen, die in den Kreisen erzielt wurden. Es bedeutete dieses schon eine Fälschung des aufrichtigen Sinnes der Staatsliste, es war weiter eine ungerechte Bevorzugung der großen Parteien. Sei wie es sei, es verblieb hier noch — wenn auch sehr ungleich und zum Schaden für die Arbeiterparteien — indirekt wenigstens eine Berücksichtigung der Reststimmen. In zweiter Lesung kam hier sogar auf dieser Grundlage ein Kompromiß zustande: als Gegenleistung für die Vermehrung der Zahl der Mandate in einer ganzen Reihe von Kreisen nahmen die Arbeiterparteien diese Veränderung im Charakter der Staatslisten „sehr ungern" zur Kenntnis. Aber in dritter Lesung stellte man alles auf den Kopf. Der Block der Rechtsparteien, dessen sich der Klub der Verfassungsarbeit bediente, sandte den Entwurf an den Ausschuß, und hier verübten die Nationaldemokraten gemeinsam mit den Piasten einen neuen Anschlag auf die Demokratie und die elementaren Grundsätze politischer Aufrichtigkeit. Die Zahl der Mandate wurde in den Kreisen wieder verringert, dagegen überwies man der Staatsliste 72 Mandate, und zwar unter der Bedingung, daß sie unter den Parteien nicht im Verhältnis zu den Reststimmen verteilt, sogar nicht einmal im Verhältnis zur allgemeinen Stimmenzahl, sondern im Verhältnis zu den von den Parteien in den Kreisen erzielten Resultaten, mit anderen Worten: die Staatsliste verlor jeden aufrichtigen Sinn, wurde nicht nur zu etwas Überflüssigem und Unhandlichen, sondern zu etwas, das geradezu aller Gerechtigkeit Hohn sprach. Die Grundlage der Wahlen nämlich bildet das Verhältnis der Mandate zu den Stimmen der Wähler. In diesem unerhörten System schwindet jedes Verhältnis der Mandate zu den Stimmen, hier erhält das Mandat ein neues Mandat. Man wandte hier nicht das Wahlsystem, sondern ein Wuchersystem an, das im Einvernehmen steht mit der Formel des Wuchers bei Aristoteles: „Geld schafft Geld."

Im folgenden polemisiert der „Robotnik" weiter gegen das Verfahren der Piastengruppe und gegen den Bruch des Kompromisses durch diese. Man sieht, daß die Sozialisten sich völlig klar sind über die Perfidie und Hinterlist dieses undemokratischsten aller Wahlrechte, das den Minderheiten und kleineren Parteien von den Nationaldemokraten wie eine Schlange um den Hals gelegt worden ist. Aber vielleicht täuschen sich diese Herren gründlich und werden noch einmal ihren Streich bedauern.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 2. August.

Die letzte Stadtverordnetensitzung vor den Ferien.

Entgegen der Gepflogenheit, die Sitzung für Mittwoch abend einzuberufen, fand die letzte Sitzung vor den Ferien am gestrigen Dienstag statt. Sie war fast ausschließlich der Besprechung des Haushaltsvoranschlages für das Verwaltungsjahr 1922 gewidmet. Vorraum und Saal standen unter dem furchtbaren Eindruck der Ermordung des Stadtrats Kaźmierczak. Sogleich, nachdem der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski die Sitzung gegen 7 Uhr eröffnet hatte, erhob sich das nur schwach besetzte Haus, um die Gedenkrede des Stadtverordnetenvorstehers für den Verewigten entgegenzunehmen. Er wies auf den durch ein Verbrechen Verschiedenen als auf ein Muster der Gewissenhaftigkeit und des Pflichtgefühls, einen Mann mit unbefleckter Vergangenheit hin. Er fiel als ein guter Soldat in der Ausübung seines Amtes. Die Größe des Verlustes für die Stadt und den Magistrat sei vorläufig noch nicht abzusehen.

Nach einigen unbedeutenden Mitteilungen ging man zur Erledigung der Tagesordnung über und nahm fast ohne Widerspruch den Haushaltsvoranschlag in folgender Fassung an:

	Einnahmen Mk.	Ausgaben Mk.	Defizit Mk.
1. Allgemeine Verwaltung	239.178.267	493.451.239	254.272.972
2. Schulwesen	117.679.346	234.389.971	116.710.625
3. Armenfürsorge	16.074.000	176.379.549	160.305.549
4. Jugendfürsorge	868.700	19.481.000	18.612.300
5. Krankenhausverwaltung	118.181.385	305.147.587	186.966.202
6. Hochbau	27.801.000	82.856.076	55.055.076
7. Tiefbau	297.050	87.521.000	87.223.950
8. Kanalisation	33.020.000	56.330.000	23.310.000
9. Park- und Gartenverwaltung	1.273.000	55.075.000	53.802.000
10. Feuerwehr	1.841.000	70.514.000	68.673.000
11. Grundstücksverwaltung	19.506.000	8.078.000	—
12. Bodenankaufsfonds	7.322.500	7.322.500	
13. Kapital- und Schuldenverwaltung	2.635.000	5.000.000	2.365.000
14. Städtische Theater	1.310.240	86.130.562	84.820.322
15. Badeanstalten	4.802.400	12.968.932	8.166.532
16. Städtischer Fuhrpark, Straßenreinigung	12.290.000	121.450.000	109.160.000
17. Müllabfuhr	10.172.000	10.172.000	—
18. Verladestelle	5.112.000	5.322.000	210.000
19. Einquartierungswesen	—		—
20. Städtische Sparkasse	18.611.965	18.611.965	—
21. Städtisches Leihamt	—	—	—
22. Städt. Schlachtviehhof	133.100.000	133.100.000	—
23. Messeamt	13.740.000	13.740.000	—
24. Steuerverwaltung	1.395.055.286	177.837.191	—
zusammen	2.179.871.139	2.180.878.572	1.229.653.528
Elektrizitätswerke	402.685.350	402.149.130	
Gaswerke	1.006.652.569	1.006.198.542	—
Wasserwerke	211.526.742	211.509.556	—
Summe	1.620.864.661	1.619.857.228	—
Gesamtsumme	3.800.735.800	3.800.735.800	1.229.653.528

Während der Besprechung des Voranschlages für die städtischen Theater sprachen sich die Stadtvv. Kowalewski, Habel, Noskowicz u. a. gegen die Annahme dieses Etats aus. Stadtv. Dr. Seydlitz bemerkte, daß es angebracht sei, die Annahme so lange hinauszuschieben, bis die endgültigen Rechnungen vorliegen. Stadtv. Budziński hielt eine regelrechte „Theaterrede"

Aus dem Reiche der Wörter.

Von Tony Kellen (Stuttgart).

Ein russischer Gelehrter, Dr. Nikolaus Rubakin, der außer wissenschaftlichen Büchern nicht weniger als 187 volkstümliche Werke veröffentlicht hat, sagt, er habe für diese Bücher nicht mehr als 1500 verschiedene Wörter gebraucht. Wer zuerst eine solche Zahl vernimmt, wird sich kaum ein Bild davon machen können, ob das viel oder wenig bedeutet, denn die allermeisten Menschen haben auch nicht entfernt eine Ahnung, wieviel Wörter sie im täglichen Leben gebrauchen und wieviel ihnen überhaupt bekannt sind (was noch lange nicht dasselbe bedeutet). Dr. Rubakin sagt nun aber selbst, die von ihm gebrauchte Wortzahl sei so gering, daß diese Armut der Sprache für einen Gebildeten einfach unerträglich sei. Er wollte aber nur für ungebildete oder sehr wenig gebildete Russen schreiben, und deshalb hat er das Verzeichnis jener 1500 Worte aufgestellt auf Grund einer Untersuchung von etwa 10 000 Handschriften von russischen Bauern und Arbeitern. Bei dieser Gelegenheit stellte er außerdem fest, daß viele Wörter der gebildeten Sprache für Ungebildete einen ganz andern Sinn haben, und er kam zu der Schlußfolgerung, daß der, der volkstümlich schreiben will, nur solche Wörter gebrauchen dürfe, die den Lesern, an die er sich wendet, bekannt sind und die für den Verfasser wie für den Leser denselben Sinn haben.

Es ist ganz erstaunlich, mit welch geringer Zahl von Wörtern ein einfacher Mann des Volkes namentlich auf dem Lande in entlegenen Gegenden auskommt. In England hat man z. B. vor längerer Zeit festgestellt, daß ein Kohlenarbeiter in seinem ganzen Leben nicht mehr als 200 bis 300 Wörter gebraucht. Jetzt mag die Zahl infolge der fortgeschrittenen Bildung der Arbeiter wohl etwas höher sein. In den Städten lernen die Leute schon viel mehr Wörter gebrauchen. Ähnlich verhält es sich mit den Schriftstellern. Namentlich Dichter, die früher als klassisch galten (jetzt hat dieser Begriff sich schon sehr erweitert), kommen mit einer verhältnismäßig geringen Zahl von Wörtern aus, aber auch bei ihnen ist die Zahl sehr schwankend. Gellert besitzt unstreitig weniger Wörter als Klopstock, Goethe wahrscheinlich erheblich mehr als Schiller. Von den französischen Klassikern hatte Racine mit seiner einfachen, klaren Sprache wohl den geringsten Wortschatz, aber auch die Marquise von La Fayette, die den schönsten Roman des 17. Jahrhunderts, die „Princesse de Clèves" geschrieben hat, kommt mit einer geringen Zahl aus. Bei den Engländern haben wir einige genaue Zahlen: in Miltons Werken kommen 8000 verschiedene Wörter vor, während Shakespeare über 15 000 Wörter verfügt. Wenn man diese Zahl mit den von Dr. Rubakin für seine volkswissenschaftlichen Werke gebrauchten 1500 vergleicht, so wird man es verstehen, weshalb er, einer der belesensten Gelehrten unserer Zeit, dabei selbst von einer Armut spricht. Goethe hat übrigens mindestens ebensoviel Wörter gebraucht wie Shakespeare, wahrscheinlich sogar noch mehr.

Ein gewandter Schriftsteller, der z. B. so viel schreibt wie Goethe, und auch auf verschiedenen Gebieten tätig ist, müßte eigentlich im Laufe vieler Jahre fast den ganzen Sprachschatz eines Wörterbuches anwenden. Das ist aber noch lange nicht der Fall. Das alte Wörterbuch der französischen Akademie, das nur die durch den Gebrauch längst festgestellten Wörter enthält und sich gegen Neubildungen sehr lange ablehnend verhielt, verzeichnet 29 712 Wörter, und doch kann man sagen, daß viele französische Schriftsteller früher mit ein paar tausend Wörtern ausgekommen sind. Das griechische Wörterbuch von H. Etienne verzeichnet nicht weniger als rund 150 000 Wörter. Das Griechische war eben eine sehr reiche Sprache, und doch wird es vom Deutschen übertroffen, denn Sanders deutsches Lexikon umfaßt 300 000 bis 400 000 Wörter. Allerdings entsteht diese hohe Zahl zum Teil durch die tausendfachen Wortzusammensetzungen; so hat man z. B. 613 Zusammensetzungen mit „Hand" und 730 mit „Land" gezählt. Der Deutsche greift nämlich viel lieber zur Zusammensetzung von zwei oder drei Wörtern, als daß er ein neues Wort erfindet oder aus einem anderen Worte bildet. Außerdem entlehnt er viele Wörter aus fremden Sprachen, so daß allein ein deutsches Fremdwörterbuch mindestens ebensoviel Wörter enthält wie das ganze Wörterbuch der französischen Akademie. Dabei ist nur ein verschwindend kleiner Teil der in der Chemie, der Technik und der Industrie neuerdings in immer größerer Zahl aufgekommenen, völlig erfundenen und leider meist nach dem Lateinischen und Griechischen gebildeten Wörter darin enthalten. Ein vollständiges technisches Wörterbuch würde allein einen geradezu ungeheuerlichen Umfang erreichen.

Vor einigen Jahrzehnten wurde der englische Wörterschatz an der Hand eines Wörterbuches auf 43 566 angegeben. Er ist aber unstreitig viel größer, da auch im Englischen in neuerer Zeit sehr viele Neubildungen entstanden sind. Die chinesischen Wörterbücher enthalten über 40 000 Sinogramme, genau 42 718 klassische Wortcharaktere, von denen jedoch höchstens 15 000 wirklich im Gebrauch sind. Eigentümlich ist übrigens im Chinesischen die Masse von einsilbigen Wörtern, deren jedes je nach der Betonung verschiedene Bedeutung hat.

Rein theoretisch beträgt die Zahl aller möglichen Wörter ebensoviel als die 24 Buchstaben des Alphabets Kombinationen zulassen, nämlich die Riesenzahl von 620 448 401 736 239 439 360 000 Wörtern; doch hat noch niemals ein Volk an eine derartige bewußte Kombination gedacht, sondern die Wurzelworte sind offenbar unbewußt gleich künstlerischen Anschauungen entstanden. Es ist auch ganz ausgeschlossen, daß ein Kulturvolk, selbst wenn es viele Jahrtausende als solches am Leben bleiben und seinen Sprachreichtum immer weiter vermehren würde, zu einem Wortschatz von so phantastischem Umfange gelangen könnte.

Da in diesem Artikel hauptsächlich von Zahlen aus dem Reich der Sprache die Rede geht, dürfte vielleicht mancher fragen, welches Wort einer Sprache das häufigste ist. Das ist je nach den Sprachen verschieden. In der Regel nimmt man an, daß im Deutschen er, sie, es, und, wie und so die häufigsten Wörter sind. Man hat aber durch genaue Zählungen festgestellt, daß das ein Irrtum ist. Es kam nämlich dabei heraus, daß die und der am häufigsten sind. Beide Partikel kommen je etwas mehr als 2000 mal auf 100 000 Silben vor, während das nächsthäufigste Wort und nur etwas mehr als halb so oft vorkommt. Die Stenographen hatten ein Interesse an dieser Feststellung, weil bei ihnen als Grundsatz gilt: „Dem häufigsten Wort das kürzeste Zeichen."

Bunte Zeitung.

○ **Der Rekord des Klaviertitanen.** Das hohe Ziel, um das so mancher Klaviervirtuose seinen Schweiß vergossen und einer sogar, wie kürzlich gemeldet, seinen Verstand verloren hat, ist nunmehr erreicht worden: der englische „Klaviertitane" Albert Kemp hat in Croydon 110 Stunden ununterbrochen Klavier gespielt und damit einen neuen Rekord aufgestellt, denn die größte bisherige Leistung im Klavierdauerspiel war von einem Neuseeländer mit 105 Stunden vollbracht worden. An einem Dienstag, um 9 Uhr morgens, begann Kemp seine denkwürdige Leistung, und als er am Sonnabend abend um ½12 Uhr sein ununterbrochenes Klavierspiel beendete, da ließ er noch mit voller Kraft die englische Nationalhymne ertönen. Er wurde mit Blumen überschüttet und hielt eine kurze Ansprache, konnte aber keinem der sich zahlreich herandrängenden Gratulanten die Hand drücken, denn das verbot ihm der Zustand seiner Finger. Tausende warteten vor der Tür auf den siegreichen Klaviertitanen, und er konnte nur unter der Bedeckung von zwölf Polizisten zu seinem Wagen gelangen, so stürmisch umdrängten ihn seine Verehrer.

○ **Die palaisartig gebaute Köchin.** Im „Neuen W. Tagblatt" finden wir folgendes Inserat: Köchin für alles, palaisartig gebaut, auch für Bureauzwecke geeignet, mit erstklassigen Zeugnissen, sucht Stellung. Gleich darunter lesen wir, daß eine Villa, nett und reinlich und in allen Hausarbeiten erfahren, außerordentlich billig zu erstehen ist.

Privat-Handelsschule

Neue Kurse.

[8267

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Scheck-lehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Esperanto usw.

Sprechzeit des Schulleiters, **Poznań, ul. św. Wojciech 29,** von 2—3 und ausnahmsweise von 7—8 Uhr.

— — — Schulhaus im Zentrum der Stadt. — — —

Die beiden am 4. und 25. Oktober 1921 stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlungen haben beide Male einstimmig beschlossen, **die Genossenschaft aufzulösen.**

Alle Gläubiger der Verbandsbank werden ersucht, ihre Ansprüche bis **zum 1. September d. Js.** bei der Bank, ul. SewerYna Mielżyńskiego Nr. 23, anzumelden. [8338

Poznań, den 23. Juli 1922.

Verbandsbank, S. z. z o. o., in Liquidation.

Borowicz. Weich.

R. Deutschendorf & Co.

Danzig, Milchkannengasse 25

Gegründet 1869 :-: Telephon 346, 5907

Fabrik für

[7970

Säcke, Erntepläne, wasserdichte Pläne, Decken.

Großhandlung von Juteleinen u. Baumwollwaren.

Zur Lemberger Ost-Messe

erscheinen je zwei umfangreiche Propaganda-Nummern der einzig in Polen dastehenden und in interessierten Handels- und Industriekreisen bestens eingeführten nachstehenden Wochenfachblätter:

„Kupiec“, (Der Kaufmann)
Aeltestes und grösstes Wirtschaftsblatt in Polen (Verbandsorgan).

„Rynek metalowy“ (Der Metallmarkt)
Einzige Fachzeitung für die Eisen-, Metall- u. Stahlwaren-Industrie, wie auch elektrotechnische Artikel und Baumaterialien — (Verbandsorgan).

„Skóra i obuwie“ (Leder und Schuh)
Einziges Fachblatt für Leder- und Schuhwarenindustrie u. Handel (Verbandsorgan).

„Drogerzysta“ (Der Drogist)
Grösstes Fachblatt für Chemie u. Pharmazie (Verbandsorgan der Drogisten in Polen).

„Przegląd włóknisty“ (Die Textilrundschau)
Einziges Fachblatt in Polen für Textilwarenhandel u. Industrie (Verbandsorgan).

Sämtliche obige Fachzeitungen erscheinen wöchentlich in einem Umfange gewöhnlich von 20 bis 40 Seiten.

Für die betreffende Industrie und den Grosshandel bietet der **Reklameteil** dieser Fachzeitungen grosse Vorteile.

Sämtliche Anfragen und Bestellungen sind zu richten an [8315

Verlagsgesellschaft „Kupiec“, Poznań-Posen,
Grösster Zeitungsverlag in Polen.
Verlagsdruckerei im eigenen Fabrikgebäude.

Eiserne Reservoire

(Sammelbehälter)

mit 30 000 bis 100 000 kg. Fassungsraum

sofort benötigt.

Offerten unter „**Reservoir 12184**“ an Annoncenexpedition „PAR“, POZNAŃ. Fr. Ratajczaka 8.

Materialwaren-Geschäft

mit Hausgrundstück, Nebengebäuden, Obst- und Gemüsegarten, in einem Landstädtchen Mecklenburgs steht preiswert zum Verkauf. Reflektanten, welche über 275 000 Mk. verfügen, wollen sich unter **L. 8334** an die Geschäftsstelle dieses Blattes wenden.

Große Kirschsaftpresse,

sehr gut erhalten, hat billig abzugeben [8335

Lengowski, Poznań, ul. Przemysłowa 23.

Suchen Sie Käufer?

6231

Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.

Meckelburg & Co.
Handelsfirma, Zentrale Poznań, Jeżyce, ul. Patr. Jackowskiego 35.

4-zöllig. **Getreide-** bezw. **Mehlwagen** in gutem Zustande sowie **einige 100 Säcke nebst Speicherutensilien** stehen zum Verkauf bei

Leopold Katz, Swarzędz. [8330

Verschied. Garnituren

Militär-Stanzmesser, 1 Lochmaschine, 1 Nähmaschine preiswert zu verkaufen.

J. Weiß, Poznań, Stary Rynek 53/54.

Offerieren zur sofortigen Lieferung

Kalkstickstoff

und bitten um baldige Bestellungen.

Poznański Bank Ziemian

Aktien-Gesellschaft.

Handels-Abteilung: Zentrale Poznań,

ulica Podgórna 10.

Telephon 13-93, 13-94, 36-93, 36-97.

Bestellungen nehmen auch unsere Filialen an:

Warszawa, Mazowiecka nr. 1, Tel. 151-97, 507-70.
Grudziądz, ul. Józefa Wybickiego nr. 25, Tel. 795 i 895.
Ostrów, ul. Kaliska nr. 1, Tel. 180.
Leszno, Rynek nr. 13, Tel. 13. [834

Arbeitsmarkt

Für sofort oder später wird ein unverheirateter

Hofbeamter

gesucht. Erfahrung in Pferdepflege, Kenntnis in Schweinezucht (Herdbuchzucht) Bedingung. Zeugnis und Gehaltsansprüche sind zu senden an **von Becker, Grudzielec,** p. Brunow, Pleszew. 8319

Möglichst **zum 1. Oktober d. Js.** wird weg. Verheirat des jetzigen, **ein unverh.** [8272

tüchtiger Feldbeamter gesucht.

Hoppe, Administrator, Herrschaft Grocholin b. Kcynia.

Achtung!
Tüchtige [8336

Bürstenmacher

werden von bald **gesucht.**

Fabryka Szczotek
Poznań, ul. Wodna 12.

Nach **Deutschland** sucht: Vorarbeiter mit 13 Leuten, Schäfer, Deputatfamilien mit Hofegänger, Vögte, Kuhfütterer Stellmacher, Diener u. sämtliches Dienstpersonal [8233

Paul Schneider,
Stellenvermittler,
Poznań, św. Marcin 48.

Mehrere ausländische **chemische Fabriken** suchen

verkaufsgewandte Herren

als Mitarbeiter oder Untervertreter

für ihre Niederlassungen in einigen Industriebezirken Polens. — Es kommen nicht zu junge sprachenkundige Herren mit guten Beziehungen zur Industrie in Frage, welche möglichst den Artikel **Anilinfarben** kennen. — Beauftragter der Firmen kommt in Kürze nach Polen. — Es wird gebeten, Bewerbungen (die vertraulich behandelt werden) mit ausführlicher Darlegung der Verhältnisse unter **„Konzern“** an die **„Lodzer Freie Presse“, Łódź,** einzureichen. [8222

Zu verkaufen:

1 Schlafzimmereinrichtg.,
1 Herrenschreibtisch,
1 Ausziehtisch, [8346
1 Schaukelstuhl,
1 Wanduhr (Freischwinger),
alles in Nußbaum.
Zu besichtigen 1—3 Uhr.
ulica Bukowska 17, II l.

Freitag und Sonnabend, d. 5. 8.:

Billiger Verkauf!

Schweizer Tüllgardinen, Federbetten. Waschwannen, email. gr. Kochtöpfe, Geschirr, Porzellan, Gläser, Heiligen-Wandbilder, porzell. Waschgarnitur, Tischdecken, Spiegel, Pelzgarnitur (Skonks), Kinderschaukel und -Schlitten, Petroleum- und Oelkannen, Photogr. Apparat 13×18.

Poznań, [8342
ul. Bukowska 23, I, links.

Pianino,

schwarz, kreuzsaitig, sehr gut erhalten, Firma: O. Hinze, Berlin, preiswert zu verkaufen. Offerten unter **8347** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ausgabestellen des „Posener Tageblatts“.

Innere Stadt:

Ulica Wjazdowa (Am Berl. Tor) 8: **Evgl. Vereinsbuchhdlg.**
Ulica Wjazdowa (Am Berliner Tor) 10: **Stoschek.**
Plac Św. Krzyski (Petriplatz) 3: **Schubert.**
Ulica Strzelecka (Schützenstr.) 28: **Piojda.**
Wały Jagiełły (Karmeliterwall) 2a: **Baerwald.**
Rybaki (Fischerei) 10: **Wendland.**
Plac Sapieżyński (Sapiehaplatz) 7: **Bienkowski.**
Św. Wojciech (St. Adalbertstr.) 2: **Czarny.**
Ulica Wodna (Wasserstr.) 5: **Manke.**
Ulica Wielka (Breite Straße) 28: **Blaszczyk.**
Wolnica (Wronker Platz) 4/5: **Podolski.**
Stary Rynek (Alter Markt) 45: **Goldenring.**
Ulica Wroniecka (Wronker Straße) 4: **Wronker.**
Ulica Mokra (Nasse Gasse) 1: **Toepper.**
Ulica Żydowska (Michael Herzstr.) 11: **Bergel.**
Ulica Flisacza (Schifferstr.) 17: **Jendrusiak.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 1: **Conrad'sche Buchhdlg.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 33: **Hoffmann.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 44: **Gumnior.**
Ulica Sew. Mielżyńskiego (Viktoriastr.) 22: **Rymarowicz.**
Plac Nowomiejski (Königsplatz) 9: **Malachowski.**
Ulica Działyńskich (Naumannstraße) 1: **Gilewski.**
Ulica Działyńskich (Naumannstr.) 6/7: **Szeląg.**
Aleje Marcinkowskiego (Wilhelmstr.) 25: **Grubert.**
Ulica Wrocławska (Breslauer Str.) 4: **Schleh.**
Ulica Pocztowa (Friedrichstr.) 22: **Reichelt.**
Wielkie Garbary (Gr. Gerberstr.) 34: **Andrych.**
Chwaliszewo (Wallischei) 4: **Brabänder.**
Chwaliszewo (Wallischei) 73: **Winkler.**

Jersitz:

Ulica Grunwaldzka (Aug.-Viktor.-Str.) 25: **J. Dymek.**
Ulica Forteczna (Festungsstr.) 41: **Kaczor.**
Ulica Dąbrowskiego (Gr. Berl. Str.) 9/11: **Dluzewska.**
Ulica Kraszewskiego (Hedwigstr.) 9a: **Baensch.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 24: jetzt **Antoni Duber** früher **Müller.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 8: **Selzer.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 32: **Gronek.**
Ulica Patrona Jackowskiego (Rollendorfstr.) 30: **Adamczak.**
Ulica Poznańska (Posener Str.) 25: **Thiel.**
Ulica Poznańska (Posener Str.) 52: **Górna.**

St. Lazarus:

Ulica Niegolewskich (Augustastr. 7): **Smigaj.**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 76: **Adamczewski.**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 101: **Schleh Nachf.**
Ulica Wyspiańskiego (Hardenbergstr.) 5: **Błażejewicz.**
Ulica Śniadeckich (Herderstr.) 1: **Roman Zygulski.**
Ulica Kanałowa (Kanalstr.) 4: **Olejnik.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 24: **Piotr Miś.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 25: **Walczak.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 31: **Pfeiffer.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 11: **Staszewski.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 66: **Ledworowski.**
Ulica Kolejowa (Bahnstraße) 43: **Urbaniak.**

Wilda:

Ulica Poplińskich (Am Rosengarten) 5a: **Lewicki.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 59: **Freund.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 16: **Szafrański.**
Ulica św. Czesława (Caprivistr.) 9: **Dolata.**
Ulica św. Czesława (Caprivistr.) 14: **Pohl.**
Ulica Gen. Kosińskiego (Blücherstr.) 19: **Waszyk.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 47: **Nagler.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 56: **Tasiemski.**
Ulica Żupańskiego (Hohenlohestr.) 6a: **Riedel.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 54: **Andersz.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 94: **Baranowska.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 119: **Buchmann.**
Ulica Przemysłowa (Margaretenstr.) 34: **Wosinski.**
Ulica Rożana (Rosenstr.) 5: **Pieprzyk.**
Ulica Żupańskiego (Hohenlohestr.) 8: **Greieck.**

Der Bezugspreis für das **„Posener Tageblatt“** beträgt bei den Ausgabestellen für **August 425.— Mk.**

Bestellungen werden in allen vorstehenden Ausgabestellen entgegengenommen sowie in der **Hauptgeschäftsstelle** Poznań W3, **Ul. Zwierzyniecka (Tiergartenstr.) 6**

Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts“

Photogr. Atelier

„beim Schloss“
(Św. Marcin 37).
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß

1. der Landwirt, Leutnant außer Dienst **Georg von Hankelmann,** wohnhaft in **Baborowko,** Polen,
2. die **Elisabeth Margarete Erika** Gräfin **Finck v. Finckenstein,** ohne Beruf, wohnhaft in **Baborowko,** Polen,

die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in Potsdam, München und durch eine im Kreise Szamotuły erscheinende Zeitung zu erfolgen. Etwaige auf Ehehindernisse sich stützende Einsprachen haben binnen zwei Wochen bei dem Unterzeichneten zu geschehen. [3839

Potsdam, den 15. Juli 1922.

Der Standesbeamte.
J. V.: Trott.

Damen,

[8332

welche die **bessere bürgerl. Küche, Einmachen usw.** erlernen wollen, finden Aufnahme bei Frau **M. Schmidt,** geb. Kossack, **Aleje Marcinkowskiego 2,** Hochp. lks.

Teatr Pałacowy

Während des **Umbaues** werden unsere Programme im **Kino Colosseum** vorgeführt.

KINO

Colosseum

św. Marcin 65.

Vom 31. VII.—6. VIII.

Der

Herz-Eroberer

Herrl. Meisterwerk in 6 Akten, ausgef. nach den letzten Errungenschaften der Kinotechnik.

Ausserdem: **Feierl. Vereinigung Oberschlesiens m. Polen.**

Beginn der Vorstellungen um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Möbl. Zimmer

für 2 Herren **zu vermieten.**

Teso, Patr. Jackowskiego 31.

Möbliertes

Zimmer,

möglichst Zentrum der Stadt

per sofort gesucht.

Offerten unt. **8341** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Suche zum 1. Oktober für kleineres Gut

verheirateten, älteren, kinderlosen

einfachen Beamten,

der ähnliche Stellung mit Erfolg schon bekleidet hat, evtl. unverh. Herrn die Wirtin stellt. Meldungen mit Zeugnisse u. Gehaltsanspr. an [8340

Jahnz, Bukowiec b. Ryczywół.

Jungen Tapezierergehilfen,

der auch im Gardinenaufmachen bewandert, stellt ein bei freier Kost, Logis und Wochenlohn. Angebote mit Lohnansprüchen an **G. Bender, Jarocin.** 8317

Gesucht zum 1. September

eine intell. Dame

mittl. Alters **zur selbständigen Führung eines landwirtschaftlichen Gutshaushaltes.** Gründliche Erfahrung i. allen Zweigen des landwirtschaftlichen Hauswesens Bedingung, ebenso Kenntnis der polnischen Sprache. Gehalt nach Uebereinkunft. Nur gutempfohlene Damen mit langjährigen Zeugnissen wollen sich mit Beilegung ihrer Photographie schriftlich wenden an [8343

die Gutsverwaltung des Dom. Kaniewo, Post Włocławek—Boniewo (Kongreßpolen).

Gesucht zum 15. 8. 22

gepr. evgl. Erzieherin

für 2 Kinder, 10 und 8½ Jahre. Latein erforderlich — Offerten mit Bild und Gehaltsansprüchen an

Frau Kamm, geb. v. Witzleben, **Falmierowo,** pow. Wyrzyski (Bz. Bromberg). [8284

Landwirtssohn,

27 J. alt, Absolvent d. Ackerbauschule (Einj.-Fr.-Zeugn.), der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, **sucht,** gestützt auf gute Empfehlung., **Beamtenstelle.**

Gefl. Offert. unt. **8337** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

gegen den Voranschlag, so daß von der Linken der Zwischenruf erfolgte: „Welchen Akt spielen Sie jetzt?" Weiter erzählte der Redner vom Auftreten einer Diva in „Spitzenhöschen".

Stadtv. Kucharski, der den Voranschlag der Steuerverwaltung besprach, bemerkte, daß die Verhältnisse in den Steuerämtern geradezu unleidlich seien; es kamen Fälle vor, daß Steuereinschätzungen verschickt wurden, die zweimal höher waren als die Gesamteinnahme des Betreffenden. Die Reklamationen übersteigen das Fünfzigfache der früheren Jahre.

Beim Voranschlag der städtischen Badeanstalt rügten verschiedene Redner die geradezu unsittlichen Zustände im Familienbad der städtischen Badeanstalt; die Stadt sollte es sich angelegen sein lassen, diese unwürdigen Zustände zu bekämpfen.

Stadtv. von Koscielski sagte: „Wenn wir Geld für eine Oper haben, müssen wir auch Geld für Bäder haben."

Der Stadtverordnetenvorsteher bemerkt zu diesem Punkt, daß sich die Stadt mit der Absicht trage, Badeanstalten in St. Lazarus und Jersitz zu errichten.

Die Steuersätze für 1922.

Die einzelnen Steuerstufen wurden wie folgt erhöht: Für das erste Vierteljahr 1922 sind 750 v. H. der **Staatseinkommensteuer zu zahlen**, in den drei letzten Vierteljahren kommen die Höchstsätze in Betracht, die die Gemeinden auf der Grundlage des Gesetzes vom 6. April 1922 erheben können. Die **Gebäudesteuer** beträgt 750 v. H. für das gesamte Steuerjahr, die **Grundsteuer** 4 vom Tausend vom gewöhnlichen Wert des Grundstücks, an **Gewerbesteuer sind 50 v. H. von der Steuer der staatlichen Patente zu zahlen.**

Der Stadtverordnetenvorsteher bat darauf die Versammlung, noch die letzten sieben Punkte der Tagesordnung zu erledigen, um so die für Mittwoch angesetzte Sitzung überflüssig zu machen.

Den städtischen Arbeitern wurde darauf eine einmalige Zulage in Höhe eines Wochenlohnes bewilligt; weiter wurden Wahlen vorgenommen und Renten bewilligt.

Gegen 9 Uhr wurde darauf die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung ist für den ersten Mittwoch nach dem 15. September in Aussicht genommen. △

Wetter aussichtslos.

Der Juli ist am Montag von uns geschieden und hat uns am letzten Tage seiner Herrschaft nach einer mehr als eine Woche langen Regenperiode einen wolkenlosen Tag mit mehr als 30 Grad Cels. im Schatten gebracht. Die Annahme der Optimisten, daß im Hinblick auf den Mondwechsel mit einer endgültigen Änderung des Wetters, will sagen mit dem Eintritt der für die Getreideernte so dringend notwendigen Trockenheit zu rechnen sei, hat sich leider nicht bewahrheitet. Denn am gestrigen ersten August ging mit mannigfachen Unterbrechungen Regen in großen Mengen hernieder, und am heutigen Mittwoch früh hatte der Himmel seine Schleusei wieder zu einem heftigen Gewitterguß geöffnet. Das Wetter scheint demnach aussichtslos zu sein.

Vielleicht leuchtet noch ein allerdings schwacher Hoffnungsstrahl aus folgender Wettervoraussage, die der bekannte meteorologische Mitarbeiter der „Danz. Neuest. Nachr.", Lehrer Paulwitz, dem Monat August stellt.

Nach der Klimalehre von Prof. Brückner steht 1922 auf der Scheide zwischen trocken und feucht. Nach Voß bedeutet die Endziffer 2 ein kritisches Jahr, d. h. bald zu warm, bald zu kalt; teils zu trocken, teils zu feucht. Nach dessen Finsternismethode sollte der Frühling warm, der Sommer kühl, teils feucht sein. Ein kühler Sommer folgt auf einen kalten Winter mit größter Wahrscheinlichkeit nach den Berechnungen Hellmanns 150 Jahre Klima Berlins. Die vergangene Regenperiode begann mit dem Aufstieg des Mondes auf die nördliche Halbkugel, erreichte ihren Höhepunkt mit dem Hochstand, erging sich dann noch in einzelnen Schauern, bis die Annäherung an das erste Viertel Besserung verheißt.

Der August beginnt kühl, am 3. erfolgt Regen. Der Vollmond bringt Wärme und wenig Regen. Das letzte Viertel ist schön, doch gibt es am 18. Regen mit folgender Abkühlung. Der Neumond ist schön, er hat nur am 24. und 26. kurzen Regen im Gefolge. Das erste Viertel bringt Besserung. Der August dürfte hauptsächlich trocken sein und die Einbringung der Ernte erleichtern.

Landarbeiterausstand.

In den Ausstand getreten sind dem Vernehmen nach die Landarbeiter auf den Gütern unseres Gebietsteils heute früh 6 Uhr. Die Ursache zu diesem höchst bedauernswerten Vorgange geht aus unserer gestrigen Notiz hervor. Man steht vor der bedauernswerten Tatsache, daß nun die Ernte, soweit günstigeres Erntewetter eintreten sollte, nicht geborgen werden kann, weil es den Arbeitern einmal wieder gefällt, die Arbeit niederzulegen.

Zuckervorräte und Zuckerpreise.

Nachdem schon eine lange Zeit in Posen verlautbarte, daß der Zuckerpreis auf 450 Mark für das Pfund steigen werde, ist jetzt der Zucker, wenigstens der Streuzucker, wie mit einem Schlage seit einigen Tagen aus dem Handel verschwunden. Nur Würfelzucker ist noch zum Preise von 400 Mark zu haben. Jedem Denkenden ist die Sache natürlich sofort klar: der Preis von nur 290 bis 295 Mark für das Pfund war den Zuckerhändlern zu billig, und deshalb hat der Zucker zunächst einmal aus dem Handel zu verschwinden, um nach einigen Tagen zu erhöhten Preisen wieder aufzutauchen. Das liebe Publikum soll also wieder einmal als Schäfchen geschoren werden, damit die Spekulation sich sauber die Taschen füllen kann. Die Spekulation hat dieses Manöver schon seit längerer Zeit vorbereitet. Denn verschiedene Spekulanten, zu deutsch „Schieber", sind neuerdings außerordentlich bemüht, größere Zuckervorräte aufzukaufen und aufzustapeln. Das tun sie natürlich nicht etwa aus Interesse für die Bevölkerung, sondern vielmehr in der Meinung, daß die Zuckervorräte in Polen bis zur neuen Kampagne nicht reichen und der Zuckerpreis anziehen wird. Ihre Gedankengänge entbehren jedoch jeder Grundlage. Die Zuckervorräte sollen vielmehr nach zuständigen Quellen bis zur nächsten Kampagne voll reichen. Und was die Erhöhung des Zuckerpreises betrifft, so kann davon ebenfalls keine Rede sein, da die Aussichten auf eine gute Rübenernte infolge des Wetters in der letzten Zeit sehr günstig sein sollen. Also wozu das alles? Natürlich nur um die eigenen Taschen zu füllen. Denn etwas anderes kann man nach dem oben Ausgeführten nicht annehmen.

Zu der obigen Angelegenheit ist weiter noch folgendes zu bemerken: Unter der Zuckernot scheinen, wie aus zuverlässigen Mitteilungen hervorgeht, auch andere Städte der Republik Polen zu leiden. So gibt es neuerdings keinen Zucker in Warschau, Lodz, Krakau, Lemberg usw. Also eine ganz großzügig angelegte Spekulation des Großhandels. Nach Posen sind inzwischen einige Eisenbahnwagen Zucker gekommen. Gestern war er in vereinzelten Geschäften bereits wieder zu haben, allerdings statt bisher zu 290 M. zum Preise von 300 M. das Pfund. Hierzu erfahren wir aus den Kreisen der Zuckerkleinhändler folgendes: Der Preis, den der Kleinhändler vor Wochen anlegen mußte, betrug 280 M.; er stieg in der vergangenen Woche auf 283 M.; in der jetzigen Woche kostet er bereits 286 M. Wenn man nun den Verkaufspreis, den der Kleinhändler sich mit 290 bzw. 300 M. zahlen läßt, in Erwägung zieht, so wird man von einem ungewöhnlich hohen Verdienst des Kleinhändlers in einer Zeit, in der man mit ganz anderen Verkaufszuschlägen zu rechnen pflegt, nicht sprechen können. Die Leute, die den Profit am Zucker in die Tasche stecken, sind unter den Kleinhändlern nach obigen Ausführungen zweifellos nicht zu suchen.

× **Personalnachrichten.** Das Innenministerium hat auf eigenen Wunsch den Dr. Marjan Gładysz, bisherigen Starosten des Kreises Czarnikau, und den Dr. Paweł Osowski, bisherigen Starosten des Kreises Kulm, ihrer Ämter enthoben. Der frühere Leiter der Abteilung für Religionsbekenntnisse beim früheren Ministerium für das ehemals preußische Teilgebiet, Dr. Edward Bobek, ist zum Starosten des Kreises Kulm, der Starost des Kreises Inowrocław Dr. Władysław Dalbor, zum Starosten des Kreises Krotoschin, der Vertreter des Landeshauptmanns in Posen, Bronisław Dietlax, zum Starosten des Kreises Inowrocław, der Vertreter des Direktors des Departements V des Innenministeriums, Filiarjusz Ewert Krzemieniecki zum Starosten des Kreises Czarnikau, der Leiter der Starostei von Karthaus, Leon Kowalski, zum Starosten dieses Kreises, der frühere Leiter der politischen Abteilung im früheren Ministerium für das ehemals preußische Teilgebiet, Zarastер Moszycki, zum Starosten des Kreises Obornik ernannt worden.

× **Evangelisch-kirchliche Personalnachrichten.** Berufen: der Pfarrverweser Müller in Karthaus zum Pfarrer daselbst; der Pfarrer Rohner aus Rojewo zum Pfarrer in Gr.-Neudorf; der Kandidat des Pfarramts Engelbrecht in Gr.-Leistenau zum Pfarrer daselbst; der Pfarrer Werner in Prinzenthal zum Pfarrer in Mogilno und der Pfarrer Warmbier in Lippusch zum Pfarrer in Tarnowko. Ordiniert: der Pfarramtskandidat Adamczewski und die Missionskandidaten Grothaus, Hofmann, Magull und Weiß.

Erhöhung der Gebühren der Auslandspässe. Der „Monitor Polski" vom 25. Juli 1922 (Nr. 166) bringt folgende Verfügung des Ministers für innere Angelegenheiten vom 13. Juli 1922 über die Erhöhung der Gebühren für Auslandspässe im Gebiet der Wojewodschaften Posen und Pommerellen: § 1. Die im Art. 5 der Verfügung des Ministers des ehem. preußischen Teilgebiets vom 7. Mai 1921 (Dz. Urz. M—wa b. Dz. Pr. Nr. 19, Pos. 121) festgesetzten Gebühren werden für Pässe auf 6000 Mark erhöht, für die Ausreiseerlaubnis auf 2000 Mark. § 2. Die Gebühren für Visa, die in den Art. 8 und 9 des § 1 der Verordnung aufgeführt sind, werden auf 2000 Mark erhöht. § 3. Obige Verfügung ist mit dem Tage der Bekanntmachung gültig.

× **Der Mörder des Stadtrats Kaźmierczak,** der frühere Magistratsbeamte Strużykiewicz weigert sich vor wie nach, irgendwelche Angaben über seine verruchte Tat zu machen. Er erklärte wiederholt, unter einem gewissen Druck im Kopfe zu leiden; vermutlich werde er erst in etlichen Tagen in der Lage sein, sich vernehmen zu lassen. Strużykiewicz scheint sich in die Rolle eines Unzurechnungsfähigen hineinspielen zu wollen.

× **Unter Pilzvergiftungserscheinungen** mußten in der Nacht zum Dienstag 14 Personen aus den Notbaracken am Warschauer Tor in das Stadtkrankenhaus geschafft werden, wo sie mehr oder weniger krank darniederliegen. Sie hatten offenbar giftige Pilze gegessen, die ihre Erkrankung im Gefolge hatten. Besonders schwer betroffen ist eine Familie Marciniak, aus der nicht weniger als sieben Personen erkrankt sind. Der Fall beweist, daß man bei der Verwendung von Pilzen nicht vorsichtig genug sein kann. Jedenfalls muß als Richtschnur der Grundsatz gelten: Pilze, die man nicht ganz genau kennt, soll man auch nicht essen!

× **Mit neuen Gehaltsforderungen** sind die Angestellten der hiesigen Banken durch ihre Beauftragten an die Arbeitgeber herangetreten. Sie bilden jetzt den Gegenstand von Verhandlungen zwischen beiden beteiligten Parteien.

× **In den Ausstand getreten** sind seit gestern die hiesigen Kellner, soweit sie organisiert sind, weil sie einer Forderung der Arbeitgeber auf Wiedereinführung des Fracks nicht nachgeben wollten. Sie wurden sofort durch geeignete Hilfskräfte ersetzt, so daß die Gasthausbesucher kaum darunter zu leiden haben dürften. Die Forderung der Arbeitgeber, daß die Kellner sich von den Gästen durch irgend eine besondere Kleidung abheben, erscheint unseres Erachtens nicht ganz ungerechtfertigt, da die jetzige unterschiedslose Kleidung von Gästen und Kellnern unangenehme Zwischenfälle zeitigen kann. Man ruft unter Umständen einen Herrn, den man irrtümlich für einen „Ober" hält, mit den Worten an: „Herr „Ober", ein Glas Bier!", worauf der Angeredete, wenn er schlagfertig ist, die prompte Antwort gibt: „Ich hätte auch gern ein Glas Bier!" Der Frack als Kellnerkleidung dürfte aus sanitären und ästhetischen Gründen nicht auf allgemeinen Beifall zu rechnen haben. Wie wäre es aber mit der höchst kleidsamen, leicht zu reinigenden weißen Jacke und ebensolcher Schürze?

× **Posener Nachtleben.** Ein unangenehmes Abenteuer erlebte heute nacht auf der Wallischei eine Dirne. Sie wurde von mehreren ihr offenbar bekannten Personen angesprochen und um 1000 M. bestohlen. Außerdem wurden ihr Mantel und Bluse zerrissen.

× **Einbruchsdiebstahl.** Bei einem Einbruch in einen Keller des Hauses ul. Głogowska 85 (fr. Glogauerstr.) wurden 60 Pfd. Schmalz, 20 Liter Kognak, 8 Pakete Margarine im Gesamtwerte von 120 000 M. gestohlen.

× **Eigentümer von Diebstahlsobjekten gesucht.** In Lodz wurden drei Männer festgenommen, die aus Posen kamen und sich im Besitz folgender, vermutlich aus Diebstählen stammender Sachen befanden: 15 Handtücher, gez. C. E. und C. S., 2 kleine Servietten, 5 größere, gez. C. E., 1 Bettbezug, 5 farbige Kopftücher, C. E. und E. K. gez., 2 weiße Tischtücher, C. E. gez. Die rechtmäßigen Eigentümer, die unter Umständen in Posen zu suchen sind, können sich an die Polizeibehörde in Lodz wenden.

× **Im Alkoholdusel sich schwer verletzt hatte** gestern ein Arbeiter, der in so sinnlos betrunkenem Zustande in der ul. Gen. Chłapowskiego (fr. Wilamowitzstr.) in Wilda aufgefunden wurde, daß er in das Stadtkrankenhaus gebracht werden mußte. Dem Zechbruder geschieht schon ganz recht. Nur ist die Frage am Platze, woher solche Zechbrüder heut das Geld nehmen, um sich mit Alkohol bis zur sinnlosen Betrunkenheit vollzupumpen?

* **Inowrocław,** 1. August. Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, daß unsere Stadt von jetzt ab offiziell „Zdrójowisko Inowrocław" (d. h. Kurort bzw. Solbad Inowrocław) heißen soll. — Über einen bedauernswerten Autounfall, dem am Sonnabend auf der Jakficer Chaussee ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, werden dem „Kuj. Bot." von einem Autoinsassen folgende Einzelheiten berichtet: Das Auto fuhr in der Richtung nach Inowrocław. In entgegengesetzter Richtung kam ihm zu Fuß der verunglückte Knabe mit zwei Mädchen entgegen. Die Mädchen wichen aus, der Knabe jedoch nicht, weshalb das Auto das Tempo verringerte und nach links auswich. Wenige Schritte vor dem Auto wollte der Knabe auch nach links ausweichen, doch tat er dies leider einen Augenblick zu spät, und zwar erhielt er von der Autolaterne einen solch heftigen Schlag am Kopf, daß ihm die Schädeldecke platzte und der Tod auf der Stelle eintrat. Der Autoführer fuhr nach dem Unglücksfall nach Inowrocław, um den Fall der Polizei zu melden.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung)

Zu unserem gestrigen Leitartikel: „Die Wahl zum kommenden Sejm" erhalten wir folgende Zuschrift:

Mit Ihrem gestrigen Artikel über die Qualitäten, die ein Abgeordneter, der die deutsche Minderheit vertritt, haben soll, haben Sie mir aus der Seele gesprochen, und ich meine, daß es doch gelingen muß, solche Männer zu finden. Wir haben doch unter unseren Volksgenossen noch so manchen klugen Kopf, der auch etwas von Politik versteht und auch gern auf ein „freundliches Lächeln eines Ministers" verzichtet. Wir gebrauchen rücksichtslose, harte Politiker, die nach Lage der heutigen Verhältnisse in erster Linie das Wohl der Minderheiten vertreten.

Nur in einem kann ich mit Ihnen nicht übereinstimmen. Sie schreiben: „Je beredter einer ist, desto weniger Ausdauer und Fleiß pflegt er zu haben." Eine große Beredtsamkeit kann man unseren Abgeordneten nicht nachsagen, denn in den zwei Jahren ihrer Tätigkeit haben sie nur zwei- bis dreimal im Sejm gesprochen, und wir hätten doch so gern gehört, daß sie immer wieder für unser Recht eintreten. Sie müssen also sehr fleißig gewesen sein. Fleiß bringt aber Früchte, und auch diese haben sie uns nicht reichen können.

Der Abgeordnete Barczewski hat uns hier bei einer von ihm abgehaltenen Versammlung gesagt, daß wir selbst daran schuld seien, wenn wir mit den von uns gewählten Abgeordneten nicht zufrieden sind. Hüten wir uns also, daß uns ein solcher Vorwurf später nochmals gemacht wird.

Ein Bürger.

Sport und Jagd.

Die Ring- und Boxkämpfe, die der Sportklub „Zbyszko" am Mittwoch, Donnerstag und Freitag veranstaltet, finden im „Boulevard" (Plac Nowomiejski, fr. Königsplatz und nicht Plac Wolności) statt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	31. Juli	1. August
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	170 + N	180 + A
Kwilecki, Potocki i Ska.	—,—	300—310 + N
Bank Poznański	190 + N	195 + N
Bank Przemysłowców (exkl. Kup.)	200—190 + A	200—190 + N
Polski Bank Handlowy, Poznań	325 + N	320—325 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	—,—	180 + A
Arcona	350 + N	390 + N
R. Barcikowski	185 + N	—,—
H. Cegielski I.—VIII. Em.	275-300-290 + A	285—300 + N
Hurtownia Drogeryjna	155—150 + A	—,—
Herzfeld-Viktorius	390 + N	390 + N
Dr. Roman May	940 + N	960—950 + N
Pozn. Spółka Drzewna V. Em.	700—675 + A	—,—
Słoma	300 + N	—,—
Tri	185 + N	190 + N
Bentzki I. Em.	575 + N	—,—
Waggon Ostrowo	190—195 +	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	190 + N	—,—

Auszahlung Berlin 10⁰⁸—12½—10. Umsatz: 5 382 000 dtsch. Mk. Dollars 6240. Franz. Franks 500.

A. — Angebot, N. — Nachfrage, + — Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 2. August 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	—,—	Weizenmehl 65 %	34 500—36 500
Roggen (alter)	—,—	Roggenmehl 70 % (inkl. Säcke)	24 000—26 000
„ (neuer)	14 000—15 000		
Braugerste	—,—	Weizenkleie	9 400
Hafer	21 500—22 500	Roggenkleie	10 000

Alter Roggen nicht umgesetzt. Die Vorräte an neuem Roggen größer. Für trockene Ware wurde über Notierung gezahlt.

Abwartende Stimmung.

Posener Viehmarkt vom 2. August 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** A. **Ochsen** I. Sorte 21 000—22 000 M., II. Sorte 18 000—19 000 M., III. Sorte 8000—8500 M. B. **Bullen** I. Sorte 21 000—22 000 M., II. Sorte 18 000—19 000 M., III. Sorte 8000 bis 8500 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 21 000—22 000 M., II. Sorte 18 000—19 000 M., III. Sorte 8000—8500 M. D. **Kälber** I. Sorte 26 000—27 000 M., II. Sorte 22 000—23 000 M.

II. **Schafe:** I. Sorte 21 000 M., II. Sorte 16 000—18 000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 51 000—52 000 M., II. Sorte 48 000 bis 50 000 M., III. Sorte 44 000—46 000 M.

Der Auftrieb betrug: 201 Rinder, 185 Kälber, 260 Schafe, 695 Schweine. — Tendenz: lebhaft. Gut gemästete Stücke über Notiz.

Berliner Börsenbericht

vom 1. August.

Diskonto-Komm.-Anleihe	388.—	Polnische Noten	10.—
Danziger Priv.-Aktienbank	240.—	Auszahlung Holland	24 850.—
Ostbank	203.—	„ London	2860.—
Hartmann Masch.-Aktien	776.—	„ Neuyork	644.—
Phönix	1484.—	„ Paris	5300.—
Schuckert	797.—	„ Schweiz	12 275.—
Hapag	484.75	Koehlmann-Stärke	1700.—
3½% Pos. Pfandbriefe	25.75	Ungarische Goldrente	935.—
Auszahlung Warschau	10.10		

= **Danziger Börse** vom 2. August. Polnische Mark 11,40 Dollar 750.

Verantwortlich: für Politik: J. B. Theodor Kania; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.